

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.10 - 65. Jahrgang

9. Mai 2015

Der 8. Mai soll ein Gedenktag werden

In einer gemeinsamen Erklärung fordern der DGB Berlin Brandenburg, die SPD Berlin, Bündnis 90 / Die Grünen Berlin und DIE LINKE Berlin, den 8. Mai als Tag des aktiven Erinnerens zum Gedenktag zu machen.

„Der 8. Mai steht für das Ende von Faschismus, Krieg und des in der Geschichte beispiellosen industriellen Massenmordes an den europäischen Juden“, heißt es in der Erklärung. „Der 8. Mai beendete die todbringenden Überfälle auf unsere Nachbarn. Mit dem Krieg endete die Nazi-Verfolgung der Sinti und Roma, Homosexueller, so genannter Asozialer, von Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschaftern und von Menschen, die aus ihrem Glauben oder aus persönlicher Überzeugung Widerstand gegen das Naziregime leisteten. Für die Überlebenden in ganz Europa, für Deutschland und natürlich auch für Berlin war es ein Tag der Befreiung. Wir setzen uns gemeinsam dafür ein, dass der 8. Mai als Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg auch in Berlin ein offizieller Gedenktag wird. Gerade Berlin als Hauptstadt mit all ihren Gedenkstätten und Mahnmalen sollte den 8. Mai als Tag des aktiven Erinnerens begehen.“

„Die Berliner SPD unterstützt die Initiative, den 8. Mai zu einem offiziellen Gedenktag zu machen“, sagte der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß. „Frank-Walter Steinmeier hat bei seiner Rede im Abgeordnetenhaus vor wenigen Tagen zu Recht davon gesprochen, dass dieser 8. Mai als Tag der Befreiung eben nicht nur die Befreiung von etwas, sondern zugleich eine Befreiung zu etwas war.“

Der gemeinsame, parteiübergreifende Aufruf mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund solle, so Jan Stöß, auch das Zeichen setzen, „dass die offene und solidarische Gesellschaft unsere Antwort auf den 8. Mai 1945 sein muss“. **BS** □

Energie:

Intelligente Netze für Berlin

Land will „maximalen Einfluss“ auf Strom- und Gasnetze

Die Energiewende soll in Berlin „sicher, umweltverträglich, effizient und preisgünstig“ umgesetzt werden. In einem Senatsbeschluss sind dazu am Dienstag die entsprechenden Schritte festgelegt worden. Dazu gehört es auch, „maximalen Einfluss“ auf die Strom- und Gasnetze zu bekommen.

Mit den drei Gasag-Anteilseignern Vattenfall, Eon und Gaz de France soll über die Übernahme von Anteilen verhandelt werden. Dabei gehe es für das Land darum, so Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen, „bei den strategischen Rechten, der Beteiligungshöhe und der Unternehmensstruktur“ den größtmöglichen Einfluss zu gewinnen. Bei einem Kauf von Anteilen müsse allerdings auch der Preis stimmen.

Die Vergabe des Gasnetzes an die landeseigene „Berlin Energie“ war gerichtlich aufgehoben worden, das Verfahren zur Stromnetzvergabe wurde daraufhin gestoppt. Inzwischen hat das Land Berufung eingelegt. „Berlin Energie“, so der Senatsbeschluss, wird bieterfähig ausgestattet, um eine Fortsetzung der Konzessionsverfahren of-



Soll dem Land mehr Einfluss auf die Netze verschaffen: Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen.

fen zu halten. Damit wäre weiter die 100prozentige Übernahme der Netze möglich. Sie sollen in den kommenden Jahren fit gemacht werden für die Anwendung innovativer Technologien. „Berlin soll durch intelligente Energienetze und den Einsatz modernster Energietechnologien eine Leuchtturmfunktion für eine innovative und nachhaltige Energieversorgung einnehmen“, so der Senatsbeschluss. Endgültig soll im August entschieden werden. □

„Unverhältnismäßiges Risiko“

Berliner SPD wendet sich gegen Vorratsdatenspeicherung

Die Berliner SPD lehnt eine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa ab. In einem Antrag, den der SPD-Landesvorstand an den SPD-Parteikonvent gerichtet hat, wird die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert, entsprechenden Gesetzesentwürfen im Bundestag nicht zuzustimmen.

Eine anlasslose und flächendeckende Speicherung sei mit den verfassungs- und europarechtlichen Vorgaben nicht vereinbar - und ebenso wenig mit den Grundwerten der Sozialdemokratie, heißt es im Antrag der Berliner SPD.

Da die von der europäischen Kommission geforderte Bereitstellung von Daten nach einem Urteil des Europäischen Ge-

richtshofs nicht mehr erfolgen muss, könnten die damaligen SPD-Beschlüsse nicht mehr herangezogen werden. „Die Speiche-

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

DIE NÄCHSTE AUSGABE DER BERLINER
STIMME ERSCHEINT NACH DEN
PFINGSTFERIEN AM 30. MAI 2015.

IHRE REDAKTION

rung von Telekommunikationsdaten birgt durch die dabei entstehenden Datenmengen ein unverhältnismäßiges Risiko, das keineswegs mit vermeintlichen, aber objektiv nicht zu belegenden Vorteilen bei der Strafverfolgung aufgewogen werden kann“, heißt es im Antrag. **BS** □

Sylvia-Yvonne Kaufmann:

Schumanns Vision

Der 9. Mai erinnert als Europatag an die Gründungsziele

Am 9. Mai wird jährlich der Europatag begangen. Dieser Tag markiert den Jahrestag der sogenannten Schumann-Erklärung.

Fünf Jahre nach Ende des 2. Weltkriegs rief der damalige französische Außenminister Robert Schumann in einer Rede seine europäischen Nachbarn dazu auf, ihre Kohle- und Stahlproduktion zusammenzulegen. Auf diese Weise sollte ein weiterer Krieg zwischen den langjährigen Erzrivalen Frankreich und Deutschland nach dem Wortlaut der Schuman-Erklärung „nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich“ gemacht werden. Es folgte die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), der neben Frankreich und Deutschland auch die Niederlande, Luxemburg, Belgien und Italien angehörten, und aus der schlussendlich die heutige Europäische Union mit ihren 28 Mitgliedstaaten hervorgegangen ist.

Die lange Geschichte ständiger Rivalität zwischen den europäischen Nationen kulminierte in zwei Weltkriegen, die Leid, Tod und Zerstörung über unseren Kontinent brachten. Robert Schumann brach mit seiner Erklärung ganz bewusst mit dieser Geschichte. Nur durch stärkere Zusammenarbeit könne der Frieden in Europa hergestellt werden: „Der Friede der Welt kann nicht gewahrt werden ohne schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen.“

2015 jährt sich das Ende des 2. Weltkriegs zum 70. Mal. Grund genug innezuhalten und über die Vision Schumanns nachzudenken. Ein friedliches Miteinander ist, wenn man die europäische Geschichte betrachtet, keine Selbstverständlichkeit. Ge-



Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Berliner Europa-abgeordnete. Foto: Europäisches Parlament

rade daher müssen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für die Vision von Robert Schumann einstehen und das europäische Projekt energisch gegen das um sich greifende Gift des Nationalismus verteidigen.

Dies heißt zugleich, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, die Europäische Union zu verändern, um sie zukunftsfähig zu machen. Die Zukunft der Europäischen Union steht und fällt mit der Unterstützung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Sie erwarten zu Recht, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten die Arbeitslosigkeit entschlossen bekämpfen, dass sie die gemeinsamen europäischen Grundwerte Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichberechtigung, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte durchsetzen oder auch, dass die EU ihrer internationalen Verantwortung in unserer Welt gerecht wird. Dafür streiten wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament. **Sylvia-Yvonne Kaufmann** □

Legale Wege öffnen

SPD-Präsidium fordert Umdenken in der Flüchtlingspolitik

Länder und Kommunen sollen bei der Aufnahme von Flüchtlingen „durch eine strukturelle Übernahme von Kosten durch den Bund spürbar“ entlastet werden. Das ist Teil eines Beschlusses, den das SPD-Präsidium in dieser Woche gefasst hat. Für die Zeit zwischen Einreise und Entscheid über den Asylantrag soll allein der Bund die Kosten der Unterbringung tragen.

Die SPD setzt sich für deutliche Veränderungen in der Flüchtlingspolitik ein. „An erster Stelle müssen sofortige Maßnahmen zur Seenotrettung stehen“, so der Beschluss. „Wir benötigen außerdem eine gemeinsame Bekämpfung der Schlepper-

banden und Menschenhändler, legale Einreisewege, eine solidarische Verantwortungsteilung bei der Aufnahme von Asylbewerbern und eine Bekämpfung der Fluchtursachen.“ Die SPD fordert ein auf Dauer angelegtes europäisches Resettlement-Programm zur Neuansiedlung von Flüchtlingen, die in einem ersten Aufnahmeland festsitzen. Auch die Beantragung humanitärer Visa in Botschaften soll geprüft werden. In Europa müssen nach Ansicht der SPD faire Quoten bei der Aufnahme von Flüchtlingen und ggf. ein finanzieller Ausgleich praktisch umgesetzt werden. Derzeit nehmen 5 der 28 EU-Staaten drei Viertel der Flüchtlinge auf. **BS** □

POLITIK PERSÖNLICH

Burkhard Zimmermann, seit 30 Jahren SPD-Vorsitzender in Dahlem, ist mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden. Überreicht wurde es ihm von Kulturstatssekretär Tim Renner. Burkhard Zimmermann habe sich durch das Bewahren der Erinnerung und ihre Vermittlung an Jugendliche große Verdienste um das Gemeinwesen erworben.

Der Lebenslauf von Burkhard Zimmermann, so Renner, zeuge „von einem sehr langen Atem und von ganz außergewöhnlicher Treue zu Zusammenschlüssen und zu Zielen.“ Seit 35 Jahren sei er jeden Sommer beim Zeltlager mit dem Kinder-



Burkhard Zimmermann: Verdienstkreuz am Pullover.

Foto: Tim Renner

ring und den Falken Zehlendorf-Steglitz, seit 33 Jahren bei den jährlichen Skifahrten in die Schweiz mit 50 Kindern und seit 30 Jahren organisiere er Fahrten nach Auschwitz mit jeweils 45-50 Jugendlichen. Tim Renner: „Politische Bildungsarbeit braucht einen langen Atem, aber wer die Zukunft verändern will, muss bei Kindern und Jugendlichen ansetzen, das hat er von Anfang an erkannt.“ Burkhard Zimmermann sei „eine Institution im Bereich von Jugendarbeit und Jugendpolitik - und vor allem für Gedenkstättenfahrten“. Nahezu jährlich begleitete er - getragen von einem breiten Netzwerk schulischer und außerschulischer Träger - etwa 100 Jugendliche aus Berlin-Marzahn und Hellersdorf in die Internationale Jugendbegegnungsstätte der Gedenkstätte Ravensbrück. „Er ist Brückenbauer und Übersetzer zwischen unterschiedlichen Sphären“, so Renner in seiner Würdigung. **BS** □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2130 870, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Senat:

Schon umgesetzt

Berlin ist erstes Bundesland mit Mietpreisbremse

Berlin wird das erste Bundesland, das die Mietpreisbremse umsetzt. Unmittelbar nach Veröffentlichung des entsprechenden Bundesgesetzes hat der Senat in der vergangenen Woche die von Stadtentwicklungs- und Umweltsenator Andreas Geisel vorgelegte Mietbegrenzungsverordnung erlassen.

Mit der Verordnung wurde Berlin zu einem Gebiet mit einem angespannten Wohnungsmarkt erklärt, in dem die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet ist. Ab dem 1. Juni 2015 gilt damit in ganz Berlin die Regelung, dass die Miete bei Wiedervermietung einer nicht preisgebundenen Wohnung die ortsübliche Vergleichsmiete um höchstens 10 Prozent übersteigen darf.

„Gerade in einer Großstadt wie Berlin sind die Angebotsmieten der große Preistreiber“, so Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel. „Die Mietpreisbremse ist ein weiteres wichtiges Instrument, um die Mieten in der ganzen Stadt zu dämpfen. Den unangemessenen Mietforderungen bei der Vermietung von nicht preisgebundenen Wohnungen schieben wir so einen wirkungsvollen Riegel vor.“

Mit durchschnittlich 8,59 Euro pro Quadratmeter monatlich im IV. Quartal 2014 liegen die im Internet geforderten Nettokaltmieten erheblich über den Mietpreisen, die in bestehenden Mietverträgen gezahlt werden. So weist der Berliner Mietpiegel 2013 lediglich eine ortsübliche Vergleichsmiete von durchschnittlich 5,54 Euro pro Quadratmeter monatlich aus. Nicht



In Berlin gilt die Mietpreisbremse bei Neuvermietung schon vom 1. Juni an. Foto: Horb

selten werden daher bei Anmietung 50 Prozent mehr Miete verlangt als vom Vermieter.

Die Begrenzung der Miete bei Mietbeginn gilt vorerst bis Ende Mai 2020. Eine längere Festlegung erlaubt das Bundesrecht nicht. Ausgenommen von der Regelung sind alle Neubauwohnungen, die ab 1. Oktober 2014 erstmalig bezugsfertig werden, und die erste Wiedervermietung nach umfassender Modernisierung. Vom Vermieter gezahlte höhere Mieten dürfen auch mit dem neuen Mieter vereinbart werden.

Eine aktuelle Forsa-Umfrage für die Berliner Zeitung zeigt die Notwendigkeit der neuen Regelung: 80 Prozent der Berlinerinnen und Berliner, die eine neue Wohnung suchen, haben dabei Schwierigkeiten - in den westlichen Bezirken etwas stärker (85 Prozent) als in den östlichen (75 Prozent). Allerdings sind 79 Prozent aller Befragten mit ihrer jetzigen Wohnsituation zufrieden. **BS □**

Justiz-Panne führte zu Freilassung

Scharfe Kritik an einer Justizpanne, die zur Freilassung einer Drogenbande führte, hat der Vorsitzende des SPD-Fachausschusses für Inneres und Recht, Florian Dörstelmann, geübt.

Vier mutmaßliche Mitglieder einer Drogenbande, denen auf Grund des Schmuggels von 12 Kilo Heroin mehrjährige Haftstrafen drohten, mussten allein deswegen aus der Untersuchungshaft entlassen werden, weil die zuständige Kammer des Landgerichts zu selten tagte. Dörstelmann: „Derartige Pannen gefährden die Erfolge der Polizei, die mit erheblichem Ermittlungsaufwand den Drogenschmuggel aufgedeckt und die mutmaßlichen Täter gefasst hat.“ Justizsenator Heilmann rief er auf, der Überlastung der Justiz entgegen zu wirken. **BS □**

Lesung mit Ralf Wieland



Berlins Abgeordnetenhauspräsident Ralf Wieland war einer der Teilnehmer einer vierundzwanzigstündigen Lesung aus Walter Kempowskis „Das Echolot. Abgesang 45“ in der Landesvertretung Niedersachsen. Gemeinsam mit über achtzig weiteren Mitleserinnen und Mitlesern sorgte er für eine eindrucksvolle Erinnerung an das Kriegsende, das Elend und die Erleichterung der letzten Kriegstage. Zugleich gelang eine würdige Ehrung des Autors Walter Kempowski.

Foto: Yorck Maecke / Landesvertretung Niedersachsen

Verkehr:

Geisel: „Im Tarifstreit wieder verhandeln“

Der für Verkehr zuständige Stadtentwicklungs- und Umweltsenator Andreas Geisel hat „bei allem Respekt vor dem Streikrecht der Beschäftigten“ die Tarifparteien bei der Bahn aufgerufen, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und zügig eine Lösung zu finden.

Der Tarifkonflikt dürfe nicht weiter auf dem Rücken der hunderttausenden von Fahrgästen ausgetragen werden, die täglich die S-Bahn benutzen und auf sie angewiesen seien. Geisel: „Ich bitte alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer in den Streiktagen um erhöhte Rücksichtnahme und gegenseitigen Respekt.“

Wirtschaft:

Mehr Wachstum, weniger Arbeitslose

„Berlin setzt seinen bereits seit 2005 andauernden wirtschaftlichen Aufholprozess mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten bei BIP und Beschäftigung weiter fort“, kommentierte Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller die jüngsten Konjunkturzahlen.

Danach hat das Bruttoinlandsprodukt Berlins 2014 preisbereinigt um 2,2 Prozent zugelegt. Die deutsche Hauptstadt liegt damit im Bundesländervergleich nach Baden-Württemberg (+2,4%) auf dem zweiten Platz, vor Sachsen (1,9%) und Bayern (1,8%). Im Bundesdurchschnitt stieg die Wirtschaftskraft um 1,6 Prozent.

Michael Müller: „Die deutsche Hauptstadt hat sich zu einem Motor der deutschen Konjunktur entwickelt. Innovative Produkte, kreative Ideen und die anhaltend hohen Gründungsaktivitäten bringen unseren Wirtschaftsstandort weiter voran. Davon profitieren nicht nur die vielen zusätzlichen Beschäftigten, sondern unsere Stadt insgesamt. Umso mehr ist zu wünschen, dass sich die positiven Daten noch mehr auf die Einkommen der Beschäftigten in Berlin auswirken.“

Die Arbeitslosigkeit ist in Berlin weiter gesunken. Waren es im März noch 202.253 Arbeitslose, sinkt die Zahl im April um 1.276 auf 200.977. Im Vergleich zum April 2014 sind damit 4.810 Personen weniger arbeitslos. Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen liegt erneut um 614 Personen unter der des Vormonats und um 1.722 unter der im April 2014. Auch bei den Zahlen der Langzeitarbeitslosen tut sich etwas: Im April 2014 hatte Berlin 67.283 Langzeitarbeitslose, in diesem April sind es 3.444 weniger. **BS □**

Gesundheit:

Isenberg unterstützt Charité-Beschäftigte

Die Forderung der Charité-Beschäftigten nach mehr Personal im Gesundheitswesen wird ernst genommen: „Sie haben Recht, jede unterbesetzte Nachtschicht ist genauso gefährlich wie mangelnde Hygiene“, sagte Thomas Isenberg, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, bei einer Demonstration der Gewerkschaft ver.di.

Rund 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Charité waren am 27. April in einen zweitägigen Warnstreik getreten, um ihre Forderungen nach einem Tarifvertrag für mehr Personal im Krankenhaus durchzusetzen. Immer öfter bestehe die Gefahr einer „gefährlichen Pflege“, warnen die GewerkschafterInnen. „Wir brauchen einen neuen Stellenwert des Personals und der Humanität in den Krankenhäusern“, sagte Thomas Isenberg. „Auf Kosten der Beschäftigten ist kein gutes Gesundheitswesen zu machen.“ Er sprach sich für verbindliche Personalquoten aus. **BS □**



Von der Berliner Senatsgesundheitsverwaltung fordert Thomas Isenberg, Personalstrukturen in den Berliner Krankenhäusern transparent und vergleichbar zu machen. Foto: Horb

Charité:

Modellcharakter für Deutschland

Eva Högl setzt sich für Gewaltschutzambulanz ein

Vor kurzem feierte die Gewaltschutzambulanz an der Berliner Charité ihr einjähriges Bestehen. Eine wichtige Anlaufstelle für Opfer von Gewalt in unserer Stadt, deren Finanzierung dringend gesichert werden muss.

Viele Menschen, insbesondere Frauen, haben mindestens einmal in ihrem Leben körperliche oder sexuelle Gewalt durch Beziehungspartner oder Familienmitglieder erlebt. Es gibt Schätzungen, nach denen mehr als 200.000 Kinder in Deutschland jedes Jahr schwer misshandelt werden. Die meisten Übergriffe finden im Verborgenen statt und werden nie angezeigt. Aber nur Taten, die zur Anzeige gebracht wurden, können juristisch verfolgt werden. Dazu ist es wichtig, dass es niedrigschwellige Angebote für Opfer von häuslicher Gewalt gibt. Denn nur, wenn Verletzungen auch medizinisch dokumentiert wurden, sind sie vor Gericht verwertbar.

Der Bedarf solcher Angebote für Opfer von Gewalt ist groß. Es fehlt ein integriertes Konzept, das neben medizinischer Hilfe auch Beratung in einem sensiblen Umfeld ermöglicht. Die Gewaltschutzambulanz an der Berliner Charité leistet dieses Angebot für Frauen, Männer und Kinder. Hier können Opfer Verletzungen dokumentieren lassen - auch wenn sie nicht oder erst später zur Polizei gehen wollen. Die Anlaufstelle bietet gleichzeitig umfangreiche weitere Hilfen an und stellt beispielsweise den Kontakt zu Opferinitiativen her.

Dieses Projekt könnte Modellcharakter für Deutschland haben. Deshalb war es mir



Engagiert sich für die Gewaltschutzambulanz an der Charité: Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Eva Högl (m.) mit Prof. Dr. Michael Tsokos (Ärztlicher Leiter der Gewaltschutzambulanz), Heiko Maas (Bundesminister für Justiz und Verbraucherschutz), Thomas Heilmann (Senator für Justiz und Verbraucherschutz) und Dr. Saskia Etzold (stellv. Ärztliche Leiterin). Foto: Büro Högl

wichtig, gemeinsam mit dem Bundesjustizminister Heiko Maas und Berlins Justizsenator Thomas Heilmann die Gewaltschutzambulanz zu besuchen und über mögliche Formen der Finanzierung zu diskutieren.

Ich begrüße, dass jetzt geprüft wird, ob und wie eine Förderung durch den Bund ermöglicht werden kann, damit diese Einrichtung, die bisher vom Land Berlin finanziert wird, auch bundesweit Modellcharakter bekommen kann. Um wirksame Maßnahmen gegen Gewalt zu entwickeln, ist eine enge und abgestimmte Zusammenarbeit aller Verantwortlichen in Bund und Ländern besonders wichtig. **Eva Högl □**

Neukölln als Innovationsbezirk

SPD legt Konzept für die Neuköllner Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen vor

„Weg vom Problembezirk hin zum Innovationsbezirk“ - das ist das Ziel der Neuköllner SPD. Auf einer Kreisdelegiertenversammlung ist dazu jetzt ein Konzept zum Bereich Wirtschaft und Arbeit beschlossen worden.

„Neben den wichtigen Schwerpunkten Bildung und Integration in Neukölln machen wir uns auch für die Neuköllner Wirtschaft, die Schaffung von Arbeitsplätzen und berufliche Perspektiven für unsere Jugendlichen stark. Unser Ziel ist: Kein Abschluss ohne Anschluss“, erklärte die Neuköllner SPD-Vorsitzende Dr. Franziska Giffey,

So wird die Schaffung der Neuköllner Jugendberufsagentur Chefsache. 2200 junge Menschen unter 25 Jahren im Bezirk haben keine Arbeit. Der Kampf gegen die hohe Ju-

gendarbeitslosigkeit in Neukölln hat hohe Priorität. In der Jugendberufsagentur sollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewonnen werden, die als Lehrlingsfinder kleine und mittelständische Betriebe ohne Personalabteilung zur Ausbildung von Jugendlichen beraten, bei der Suche nach geeigneten Lehrlingen unterstützen und die Vorauswahl der Bewerberinnen und Bewerber übernehmen.

Die Wirtschaftsförderung in Neukölln soll personell verstärkt werden und zur zentralen Anlaufstelle für Unternehmen ausgebaut werden, die sich im Bezirk ansiedeln oder gründen wollen. Kultur- und Kreativwirtschaft sollen durch die Wirtschaftsförderung in Neukölln breit unterstützt werden, Start-Up-Zentren sollen entstehen. Als Standorte kommen zum Bei-

spiel C&A, die Alte Post oder das Kindl-Gelände in Frage. Ein offensives Ansiedlungsmanagement ist vor allem im Geschäftszentrum der Karl-Marx-Straße als einem der wesentlichen Standbeine des Neuköllner Einzelhandels geplant.

In Quartiersmanagement-Gebieten sollen Vor-Ort-Büros des Jobcenters eingerichtet werden. Sie können dazu beitragen, die berufliche und soziale Situation der Bewohnerinnen und Bewohner mit niedrigschwelliger und interkulturell geschulter Beratung zu verbessern. Die Verbundausbildung soll gestärkt werden. Sie eignet sich vor allem für kleine und mittelständische Unternehmen. Die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen bekämpft den Fachkräftemangel. Und auch Neukölln will künftig gezielt um Touristen werben. **BS □**

Landesvorstand:

Bekanntnis zur Willkommenskultur

Leitanträge zum Parteitag beschlossen

Neben dem in Kreisen und Abteilungen schon länger diskutierten Antrag zu den Bezirksfinanzen wird sich der SPD-Landesparteitag am 13. Juni auch mit Strategien gegen rechts und aktuellen Fragen der Flüchtlingspolitik befassen. Entsprechende Beschlüsse hat der SPD-Landesvorstand in der vergangenen Woche gefasst.

Einstimmig beschloss der Landesvorstand den Leitantrag „Strategien gegen rechts in einer Stadt der Vielfalt“. Der nach Diskussionen in Kreisen und Arbeitsgemeinschaften leicht ergänzte Antrag fordert die Entwicklung eines Leitbilds für die Stadt der Vielfalt und stellt Maßnahmen gegen institutionelle Diskriminierung und Rassismus vor. „Racial Profiling“ wird als rechtswidrig abgelehnt, der Opferschutz soll gestärkt werden. Prävention und demokratiefördernde Arbeit sollen weiter gestärkt werden, der Antrag beschreibt zudem die Aufgaben der SPD in diesen Prozessen.

Beschlossen wurde zudem die Resolution „Berlin - die Stadt der Willkommenskultur!“ In der Situationsbeschreibung heißt es: „Die Frage der Unterbringung von Geflüchteten besitzt auch in der Wahrnehmung der Berlinerinnen und Berliner höchste Priorität. Rechtsradikale und Rechtspopulisten nutzen dabei gezielt Unwissenheit und Vorbehalte vor Ort, um gegen geplante Flüchtlingsunterkünfte zu mobilisieren.“ Dennoch sei die gesellschaftliche Akzeptanz groß: „Die unterstützenden Initiativen vor Ort, die Willkommensbündnisse und die demokrati-



Die Landesparteitagsdelegierten werden sich am 13. Juni u.a. mit den Bezirksfinanzen, Strategien gegen rechts und der Flüchtlingspolitik befassen.

schen Parteien, allen voran die SPD, haben gemeinsam bewiesen, dass die Willkommenskultur in Berlin nicht so leicht zu brechen ist.“ Die SPD begrüßt den Ausbau von Unterbringungsmöglichkeiten für die Erstaufnahme, stellt aber fest: „Unsere bevorzugte Unterbringungsform für Asylsuchende und Flüchtlinge ist und bleibt die dezentrale Unterbringung in Wohnungen. Damit diese Forderung auch realistisch umsetzbar ist, brauchen wir u.a. einen koordinierten Gesamtplan für die Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, in dem auch die Erhöhung der entsprechenden Kontingente bei städtischen Wohnungsbaugesellschaften und öffentlicher Appell an die Vermieterinnen und Vermieter vorgesehen ist.“ **BS** □

➔ Der Landesparteitag findet am 13. Juni im Hotel Intercontinental Berlin, Budapest Str. 2, 10787 Berlin, statt. Den aktuellen Stand der eingereichten Anträge finden Sie auf der Seite parteitag.spd.berlin

Wahlprogramm 2016

Diskussion zur Innen- und Rechtspolitik

Zu einer gemeinsamen Diskussion über die rechts- und innenpolitischen Themen des SPD-Wahlprogramms zur Abgeordnetenhauswahl 2016 kommen die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer JuristInnen (ASJ) Berlin und der Fachausschuss III am Montag, dem 11. Mai 2015, um 19:30 Uhr zusammen.

Im Mittelpunkt werden die Zwischenberichte aus den vier Arbeitsgruppen Justizpolitik, Rechtspolitik, Innenpolitik und Innere Sicherheit stehen. Die SPD beginnt damit den Prozess zur Erarbeitung des Wahlprogramms. **PM** □

➔ 11. Mai, 19.30 Uhr, Kurt-Schumacher-Haus, Erika-Heß-Saal, Müllerstr. 163, 13353 Berlin (U + S Wedding, Bus 120)

Autobiographie:

Anke Martiny liest

Berlins ehemalige Kultursenatorin Anke Martiny liest am Donnerstag, 21. Mai aus ihrer Autobiografie „... und vor allem muss man jederzeit als voller Mensch leben“.

Weil sie Willy Brandts Ansatz zu „Mehr Demokratie wagen“ gut fand, trat Dr. Anke Martiny 1965 in die SPD ein. Sie war lange Jahre im Deutschen Bundestag, war Kultursenatorin im rot-grünen Berliner Senat von Walter Momper und Büroleiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tel Aviv.

Nach der Lesung findet eine Diskussion mit Anke Martiny und der Juso-Bundesvorsitzenden Johanna Uekermann statt. **PM** □

➔ 21.05.15, 19:00 Uhr, Bürger*innenbüro von Cansel Kiziltepe MdB und Björn Eggert MdA, Urbanstraße 1, 10961 Berlin.

Magnus-Hirschfeld-Preis wird verliehen

12. Mai: Queer-Sozis zeichnen das Schwule Museum und Sportvereins-Gründerin aus

Die Preisträger*innen des Magnus-Hirschfeld-Preises 2015 stehen fest. Die Jury des Magnus-Hirschfeld-Preises hat den Preis in der Kategorie Einzelperson an Conny Hendrik Kempe-Schällicke, Gründungsmitglied und Vorstandsmitglied von Seitenwechsel - Sportverein für FrauenLesbenTrans*Inter* und Mädchen e.V. vergeben. Den Preis in der Kategorie Institution/Projekt erhält das Schwule Museum.

Der Magnus-Hirschfeld-Preis wird von der SPD Berlin und den QueerSozis (Schwusos) in der SPD Berlin jetzt zum 5. Mal vergeben. Der Preis erinnert an den Sozialdemokraten und Mitbegründer der ersten Homosexuellen-Bewegung der Welt Magnus Hirschfeld.



Der Magnus-Hirschfeld-Preis wird am 12. Mai zum 5. Mal vergeben. Foto: SPD Berlin

Die Verleihung des Magnus-Hirschfeld-Preises 2015 findet am Dienstag, 12. Mai 2015 – zwei Tage vor dem 80. Todestag des

Sexualforschers – im Festsaal des Rathauses Charlottenburg in der Otto-Suhr-Allee 100 statt. Beginn der Preisverleihung ist 19.30 Uhr.

Der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß und Annegret Hansen, stv. Bezirksverordnetenvorsteherin Charlottenburg-Wilmersdorf, werden PreisträgerInnen und Gäste begrüßen, der Soziologe Dr. Rüdiger Lautmann wird an Magnus Hirschfeld und die Tradition der Preisverleihung erinnern.

Die Laudatio auf Conny Hendrik Kempe-Schällicke hält Jury-Mitglied und PfarrerIn Ulrike Rogatzki. Die Würdigung des Schwulen Museums übernehmen die Jury-Mitglieder Sylvia-Fee Wadehn und Schwester Daphne (Orden der Schwwestern der Perpetuellen Indulgenz: OSPI). **BS** □

FRAKTION INTERN

Gedenken zum 8. Mai. Das Gedenken zum 8. Mai hat im Mittelpunkt der aktuellen Stunde in der letzten Plenarsitzung gestanden. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh betonte in seiner Rede: „Wir müssen den 8. Mai nicht nur als einen Tag des Erinnerns und Gedenkens betrachten. Er ist vielmehr Teil unserer nationalen Identität.“ Saleh sagte: „Die Art, wie wir mit den heutigen Konflikten in der Welt umgehen, ist die Messlatte. Sie zeigt, ob wir wirklich die Nation sind, die wir sein wollen.“ Er unterstrich: „Mitmenschlichkeit statt Kälte, Dialog statt Feindbilder, Augenhöhe statt Arroganz. Alle diese Werte sollte unsere Generation vertreten aus der Verantwortung für die Zukunft heraus und der Gnade, die wir nach 1945 von der Weltgemeinschaft erfahren haben.“

Sicherheitspolitischer Dialog Jugendgewalt. Die SPD-Fraktion lädt am 21. Mai zur Veranstaltung „Jugendgewalt - Neue Erkenntnisse und Lösungsansätze“ ein. Im Mittelpunkt stehen Fragen wie: Stimmt der durch Medienberichte vermittelte Eindruck einer 'verrohten Jugend'? und: Wie weit reichen die Möglichkeiten der Polizei, solche Gewaltausbrüche einzudämmen? Der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Frank Zimmermann moderiert den Dialog. Der Fraktionsvorsitzende Raed Saleh wird ein Grußwort sprechen. Podiumsgäste sind der Aggressionsforscher Prof. Dr. Bernd Ahlbeck von der Humboldt-Universität, die Geschäftsführerin des Vereins Denkzeit-Gesellschaft, Rebecca Friedmann, die Kriminaloberärztin Frauke Jürgens-El Hansali vom Landeskriminalamt Berlin sowie Miriam Schroer-Hippel und Dr. Albrecht Lüter von der Camino-Werkstatt. Die Veranstaltung beginnt um 18.00 Uhr in Raum 107 des Berliner Abgeordnetenhauses, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin. Anmeldung erbeten unter: anja.fischer@spd.parlament-berlin.de oder Tel. 23 25 22 31

Berliner Stadtteiltage im Mai. Die Abgeordneten der SPD-Fraktion schwärmen im Mai zu Stadtteiltagen in viele Kieze aus. Liane Ollech lädt am 11. Mai nach Marzahn-Süd und Biesdorf ein. Clara West heißt Bürgerinnen und Bürger in Prenzlauer Berg-Nord und Weißensee-Süd willkommen. Es folgen: Frank Jahnke in Charlottenburg (20. Mai), Irene Köhne in Zehlendorf-Süd (21. Mai), Franziska Becker in Wilmersdorf (22. Mai), Renate Harant in Köpenick-Nord, Friedrichshagen und Rahnsdorf (27. Mai), Karlheinz Nolte am 29. Mai in Treptow-Köpenick sowie am selben Tag Susanne Kitchschun in Friedrichshagen. Termine und Programme sind unter www.spdfraktion-berlin.de zu finden. **cs** □

AG Migration & Vielfalt:

Neu aufgestellt

Aziz Bozkurt als Bundesvorsitzender gewählt

Der Berliner Migrationsexperte Aziz Bozkurt ist neuer Bundesvorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt. Er wurde auf der zweitägigen Bundeskonferenz im Willy-Brandt-Haus am 24. und 25. April von den 80 Delegierten aus 13 Landesverbänden mit knapp 85 Prozent der Stimmen gewählt. Der bisherige Berliner Landesvorsitzende der AG folgt auf Aydan Özoguz, SPD-Vizechefin und Staatsministerin, die das Amt der Bundesvorsitzenden zuvor innehatte. Neu gewählt wurde auch der 14-köpfige Bundesvorstand.

„Die nächsten zwei Jahre werden nicht leicht“, erklärte Aziz Bozkurt. „Das Einwanderungsgesetz, die unzureichende Asyl- und Flüchtlingspolitik und auch die Arbeitsmarktpolitik werden entscheidende Themen sein, die ich gemeinsam mit meinem neuen Vorstand vorantreiben will.“

Der Landesverband Berlin wurde von fünf Delegierten vertreten. Mit Blick auf die beschlossenen Anträge auf der Bundeskonferenz erklärte der stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt in der SPD Berlin, Hakan Demir: „Die zweitägige Konferenz war ein riesiger Erfolg: Als kleiner Landesverband stellen wir nun einen Bundesvorsitzenden, der unsere Themen im Bund vertreten wird. Darüber hinaus sind alle unsere Anträge zu den Bereichen Arbeitslosigkeit II, Einwanderungsgesetz, Gesundheitskarte bei Flüchtlingen auf der Bun-



AG Migration & Vielfalt: der Bundesvorsitzende Aziz Bozkurt mit Vorgängerin Aydan Özoguz.

Foto: Jürgen Jänen

deskonferenz beschlossen worden. Wir hoffen uns dadurch eine Verbesserung der Lebenslage von vielen Tausend Menschen in Deutschland.“

Die Berliner Delegation dankte am Ende der Konferenz dem scheidenden Berliner Bundesvorstandsmitglied Daniela Kaya für die wichtige Arbeit in den letzten beiden Jahren. „Daniela hat in den vergangenen Jahren federführend die Beschlüsse auf Bundesebene zur interkulturellen Öffnung der SPD vorangebracht“, so Hakan Demir.

Auf der Bundeskonferenz sprachen neben der SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi auch die SPD-Vizechefs Ralf Stegner und Thorsten Schäfer-Gümbel sowie der Leiter der Zentralabteilung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Heiko Geue zu den Delegierten. **BS** □

Bundestagsfraktion:

Debatte über TTIP und CETA

In der Reihe „Fraktion vor Ort“ lädt die Steglitz-Zehlendorfer SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ute Finckh-Krämer am 26. Mai zu einer Diskussion über „TTIP und CETA: Aktueller Verhandlungsstand & kritische Debatte über die transatlantischen Freihandelsabkommen“.

Die Regelungen zum Investorenschutz in den Freihandelsabkommen stellt die Bundestagsabgeordnete Cansel Kiziltepe vor, aus Sicht der Gewerkschaft beleuchtet Dierk Hirschel, Bereichsleiter für Wirtschaftspolitik, Europa und Internationales der Gewerkschaft ver.di die Abkommen. □

➡ 26.05.2015, 19:30, Rathaus Steglitz, Raum 301, Schloßstraße 37, 12163 Berlin. Anmeldung wird erbeten bis zum 18. Mai unter wahlkreis@finckh-kraemer.de

Fachausschuss:

Debatte über zwei internationale Konflikte

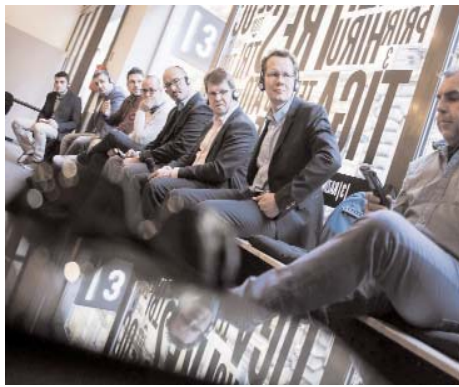
Im Mai bietet der Fachausschuss Internationales in kurzer Folge zwei Diskussionsforen zu konfliktträchtigen Regionen der europäischen und internationalen Politik: am 20.5. zum Westbalkan mit der Problematik der EU-Erweiterung und am 27.5 zum 100. Jahrestag des Völkermords an den Armeniern.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Josip Juratovic, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, spricht am 20. Mai um 19 Uhr über Entwicklung und Integration des westlichen Balkans, Elke Hartmann, Leiterin des Forschungsprojekts „Haushamadyan“ zur Erforschung des Alltagslebens und der Kultur der Armenier im Osmanischen Reich am 27. Mai um 18 Uhr über den Genozid. □

➡ Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin, Raum siehe Tafel.



Wien: Bürgermeister Michael Häupl begrüßte Ralf Stegner und Jan Stöß. Foto: Ralf Höschele



Budapest: Diskussion im Rahmen der „Akademie Soziale Demokratie“. Foto: Friedrich-Ebert-Stiftung



Prag: Im Gespräch mit Arbeitsministerin Michaela Marksová. Foto: Ralf Höschele

Kontakte:

Den Zusammenhalt gestalten

Jan Stöß über seine Gespräche in den Metropolen Wien, Budapest und Prag

Nach Ostern war ich in meiner Funktion als Metropolenbeauftragter des SPD-Parteivorstands mit dem stellvertretenden SPD-Parteivorsitzenden Ralf Stegner eine Woche auf einer politischen Reise nach Wien, Budapest und Prag.

WIEN: DIE WACHSENDE METROPOLE

Wien ist wie Berlin eine schnell wachsende europäische Metropole. Wien gewinnt jedes Jahr über 20.000 zusätzliche Einwohnerinnen und Einwohner - bei derzeit etwa 1,8 Millionen Wienerinnen und Wienern. Damit steht Wien vor ähnlich großen Herausforderungen wie Berlin. Allerdings konnte man es in Wien in der Vergangenheit vermeiden, Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge oder städtische Wohnungen zu privatisieren.

Geförderte Wohnungen werden kontinuierlich gebaut. In Wien gibt es zur öffentlichen Daseinsvorsorge auch einen sehr großen gesellschaftlichen und politischen Konsens. Deshalb muss Wien nun auch nicht mit großem finanziellem Aufwand die Daseinsvorsorge rekommunalisieren.

Berlin und Wien - die beiden größten Metropolen im deutschsprachigen Raum - stehen vor ähnlichen Herausforderungen. Und beide Städte werden seit langem sozialdemokratisch regiert. Von einem Erfahrungsaustausch können beide Seiten nur profitieren.

Deshalb strebe ich es an, dass wir die Kooperation zwischen der SPD Berlin und der SPÖ Wien weiter intensivieren. Dazu habe ich auch schon zahlreiche Gespräche mit Vertretern der Wiener Sozialdemokratie geführt und ich bin zuversichtlich, dass wir von der gemeinsamen Zusammenarbeit nur profitieren können.

In Wien trafen wir uns unter anderem

mit dem österreichischen Bundespräsidenten Heinz Fischer, dem Wiener Bürgermeister Michael Häupl, dem SPÖ-Klubobmann (Fraktionsvorsitzenden) Andreas Schieder, dem Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer, dem Wiener Wohnbau-Stadtrat Michael Ludwig, dem ÖGB-Vorsitzenden Erich Foglar und der SJ-Vorsitzenden Julia Herr.

Neben kommunalpolitischen Themen besprachen wir auch die Entwicklung der europäischen Sozialdemokratie und insbesondere die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Dabei stießen wir auf viel Skepsis gegenüber diesen Abkommen.

BUDAPEST: GEFÄHRLICHE ENTWICKLUNG

Die politische Situation in Ungarn ist beklammend. Ungarn hat die mit am schnellsten steigende Armutsquote in Europa - 30 bis 40 Prozent der Bevölkerung leben in Armut. Obdachlose werden kriminalisiert, Sozialleistungen gekürzt und sollen nur noch gewährt werden, wenn man zur „gemeinnützigen Arbeit“ weit unter Mindestlohniveau - einem Bürgerarbeitsmodell der Regierung - bereit ist. Gleichzeitig schränkt die Regierung von Orban die Möglichkeiten der Opposition und die Meinungsfreiheit ein. Es ist erschreckend, dass eine solche Politik mitten in der Europäischen Union möglich ist und von einer Partei gemacht wird, die wie die CDU Mitglied der EVP ist.

In Budapest hatten wir, neben Gesprächen mit Vertretern der dortigen sozialdemokratischen Partei MSZP, Diskussionen mit Oppositionellen, Journalisten und AktivistInnen von sozialen Initiativen.

Die Medien werden vor allem wirtschaftlich unter Druck gesetzt. So werden oppositionellen Medien staatliche Anzeigen entzogen und Druck auf private Anzei-

genkunden ausgeübt, damit sie nicht in regierungskritischen Medien werben. Die progressive Opposition ist in Ungarn sehr schwach. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist sehr niedrig, gleichzeitig ist die Gewerkschaftsbewegung in zahllose Dachverbände zersplittert. Man kann dem neuen Parteivorsitzenden der MSZP József Tóbiás nur viel Glück wünschen bei der Reform der ungarischen Sozialdemokratie.

PRAG: SOZIALDEMOKRATISCHER AUFBRUCH

Nach den zuweilen beklemmenden Eindrücken in Budapest war der Kontrast zu Prag und Tschechien besonders groß. Tschechien und Ungarn hatten 1990 ähnliche Voraussetzungen, doch Tschechien hat sich wesentlich positiver entwickelt.

In Tschechien stellt die Sozialdemokratie seit Januar 2014 mit Ministerpräsident Bohuslav Sobotka wieder den Regierungschef. Seither verfolgt die tschechische Regierung wieder einen proeuropäischen Kurs und geht zahlreiche Reformen an. Die Arbeitsministerin Michaela Marksová schilderte uns eindrucklich, wie sie die Arbeits- und Sozialämter wieder handlungsfähig macht, nachdem die konservative Vorgängerregierung ein völliges Verwaltungschao hinterlassen hatte.

Der Minister für Menschenrechte, Gleichberechtigung und Legislative Jiri Dienstbier erläuterte, wie sich die Regierung um eine bessere Integration der Roma bemüht, indem Roma-Kinder nun auf reguläre staatliche Schulen gehen sollen. Die Gleichstellungspolitik ist in Tschechien noch sehr umstritten: In der Partei wurde nun erst beim letzten Parteitag eine Geschlechterquote nach Vorbild der SPD eingeführt. Mit drei bis vier Jahren gibt es in Tschechien den längsten Erziehungsurlaub

Fortsetzung Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

mit der Folge, dass die Erwerbsquote bei Müttern sehr niedrig ist. Auch hier versucht die tschechische Sozialdemokratie - trotz großer Vorbehalte in der Bevölkerung - eine Modernisierung zu erreichen.

In Tschechien schaut man auf die deutsche Politik, viele Entwicklungen verlaufen

ähnlich. Auch in Tschechien ist man gegenüber TTIP und CETA eher skeptisch eingestellt.

Die tschechischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben ein großes Interesse an einem engeren Austausch mit der SPD. Prag ist mit dem Zug nur gut vier Stunden von Berlin entfernt. Ich habe an-

geboten, mich an der laufenden Programmdiskussion der tschechischen Genossinnen und Genossen zu beteiligen.

Ich bin davon überzeugt, dass Europa einen engeren Austausch zwischen den sozialdemokratischen Parteien auf allen Ebenen braucht, damit wir gemeinsam ein soziales Europa gestalten können. **Jan Stöß** □

Kontakte:

Gemeinsame Erkundungstour

Mitglieder der SPD Friedrichshain-Kreuzberg und der Pariser PS informierten sich in Wien

Gemeinsam mit GenossInnen der PS des 10. Arrondissement Paris, ihrer langjährigen Bezirkspartnerschaft, ist die SPD Friedrichshain-Kreuzberg in diesem Jahr mit knapp 20 Leuten über den 1. Mai nach Wien gereist.

Auf Einladung des Wiener Wohnbaustadtrats, Dr. Michael Ludwig, erlebte die Gruppe als Auftakt eine beeindruckende Führung durch den Karl-Marx-Hof, gefolgt von einem Gespräch und einer Diskussion zur Geschichte des Wiener Wohnungsbaus mit den Betreibern des Waschsalons Nr. 2. Viel gelernt hat die Gruppe über die enge historische Verbindung von Wohnungspolitik und der Einbindung von kulturellen und Sport-Vereinen sowie von Bildungseinrichtungen. Insbesondere die mitgereisten GenossInnen des FA Soziale Stadt waren beeindruckt von der gelungenen sozialen Durchmischung und der großzügigen, parkähnlichen Bebauung.

Imponierend war der Empfang der Alt-Jungsozialisten im Spiegelsaal des Wiener Rathauses mit Ansprachen u.a. des Wiener Bürgermeisters, Dr. Michael Häupl. Themen wie Bildungs-, Flüchtlings- und Wohnungsbaupolitik standen im Mittelpunkt und haben die SPÖ-GenossInnen auf den anstehenden Wahlkampf eingestimmt. Schließlich finden die Wien-Wahlen am 11. Oktober 2015 statt. Abgerundet wurde der Empfang mit einem Fackelzug der JungsozialistInnen durch die Wiener Innenstadt und einem Rockkonzert auf dem Rathausplatz.

Früh morgens am 1. Mai schlossen sich die Gäste dem Sternmarsch der GenossInnen der SPÖ Floridsdorf an. Michael Ludwig, stellvertretender Vorsitzender der Wiener SPÖ und gleichzeitig SPÖ-Vorsitzender des 21. Bezirks, empfing sie freundlich und freute sich sehr über die Unterstützung. Als eine der ersten Parteidelegationen auf dem Rathausplatz eingetroffen, genossen die Gäste aus Berlin und Paris die Ankunft der bunten Parade aus den verschiedenen Wiener Bezirken, Berufsständen und Initiativen wie den Rauchfangkehrern und den „Red Bikern“ bei bestem Sonnenschein.

Vor 125 Jahren wurde der erste „1. Mai“



Gemeinsam in Wien: Mitglieder der SPD Friedrichshain-Kreuzberg und der PS.



Unterwegs im Neubaugebiet Aspern.

feierlich begangen. Daran erinnerten die Hauptredner von Gewerkschaft und Partei bei der anschließenden Kundgebung, so auch der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann. Der ÖGB-Vorsitzende Erich Foglar forderte die Rechte der prekär Beschäftigten zu stärken. Anschließend war ausreichend Zeit, um sich zünftig in einem Brauhaus zu stärken. Michael Ludwig hat sich als stellvertretender Wiener Bürgermeister gefreut, mit einem souveränen Bieranstich der politischen Konkurrenz gegenüber ein Zeichen zu setzen. Direkt im Anschluss ging's im Prater mit einem politischen Rundgang u.a. zur Arbeiterkammer und diversen Initiativen weiter. Man sollte ja nie den Überblick verlieren: also gehörte eine Fahrt mit dem Riesenrad natürlich mit zum sonnigen Ausflugsprogramm.

Mit Blick auf den Berliner Wahlkampf im nächsten Jahr und dem Thema öffentlich geförderter Wohnungsbau fuhr die Gruppe am 2. Mai in die Seestadt Aspern, um sich vor Ort über das größte kommunale Woh-

nungsneubauquartier Wiens zu informieren. Positiv aufgefallen ist bei den teilweise schon bezugsfertigen Gebäuden die großzügige Gestaltung von Gemeinschaftsräumen wie ebenerdigen Fahrrad- und Kinderwagenräumen sowie ansprechend gestalteten Spielplätzen zwischen fast jedem Neubau. Die Bewohner zeigten sich zufrieden: So berichtete eine Mieterin, dass ihre gut 50 qm große Neubauwohnung 500 Euro warm kostet. Bei ihrer Genossenschaftswohnung (Einlage 13.000 Euro) ist ein späterer Kauf möglich. Bemerkenswert ist zudem, dass das gesamte Areal schon vor dem Bau infrastrukturell erschlossen wurde: Dazu gehören eine Freizeit- und Seelandschaft sowie die eigene U-Bahn-Endhaltestation „Seestadt“ und der regelmäßige Busverkehr. Insgesamt war es ein beeindruckendes Beispiel kommunaler Wohnbauförderung, das für die Metropolen Paris und Berlin Vorbildcharakter hat.

Bei der gemeinsamen Parlamentsbesichtigung erfuhr die Gruppe, dass man sich in „Lokalen“ und „Klubs“ trifft. Davon waren natürlich alle angetan. Herausgestellt hat sich allerdings, dass dies die österreichischen Bezeichnungen für Sitzungssaal und Fraktion sind.

Die GenossInnen der PS Paris und aus Friedrichshain-Kreuzberg waren begeistert von den vielen Eindrücken rund um das Rote Wien und von der Aufgeschlossenheit der Mitglieder der SPÖ Wien. Sie hatten in verschiedenen Caféhäusern und Heurigen die Möglichkeit, sich u.a. über den besonderen historischen und politischen Charakter des 1. Mai in Wien auszutauschen.

Schon im Waschsalon Nr. 2 war zu erkennen, dass Wien die Hauptstadt der Bäder ist. Für das Anbaden im Arbeiterfreibad an der Alten Donau war in diesem Jahr leider keine Zeit. Das ist ein Grund mehr, den Parteaustausch mit den GenossInnen der SPÖ Wien bzw. Floridsdorf zu intensivieren. Die gesamte Gruppe jedenfalls schickt ein herzliches, solidarisches „Freundschaft“ nach Wien!

Claudia Blume, Burkhard Hawemann, Karin Pieper □

Hertie-Berlin-Studie:

Glückliche Spandauer?

Eine Analyse über die „Hauptstädter“

Ein Vierteljahrhundert nach dem Fall der Mauer im November 1989 zeigt sich Berlin als ein schillernder Mikrokosmos, wie es ihn bislang nicht gegeben hat. Eine Stadt mit faszinierender Ausstrahlung in alle Welt und facettenreichen Widersprüchen. Wahrnehmbar ist viel Aufbruch und nicht weniger Beharrungsvermögen. Die Hertie-Berlin-Studie 2014, es ist die zweite nach 2009, ist im Auftrag der gemeinnützigen Hertie-Stiftung unter wissenschaftlicher Leitung von Helmut K. Anheier und Klaus Hurrelmann erstellt worden.

Die Gemeinnützige Hertie-Stiftung geht auf den früheren Hertie-Eigentümer Georg Karg zurück. Die Stiftung widmet sich vorrangig der Bildung und hat 2003 die Hertie School of Governance gegründet, an der Hurrelmann lehrt und Anheier Präsident der Hochschule ist.

„Berlin muss sich neu erfinden“, befand 1991 die einstige Chefredakteurin der Wochenzeitung Die Zeit, Marion Gräfin Dönhoff; ein Zitat, das den Anfang des roten Fadens durch eine bunte Reflexion der Befindlichkeiten in dieser Stadt bildet. Die Studie spürt dem Wandel nach von der geteilten Stadt, zur Stadt mit Doppelstrukturen und ihren Ablösungsproblemen. Sie zeigt die vielfältigen Diskrepanzen. Berlin als Stadt der kreativen Start ups, als Großstadt mit den meisten Hartz IV-Beziehern, als Stadt kultureller Highlights mit Weltgeltung und als Stadt, die in ihren Bezirken Büchereien und Musikschulen ein-dampft.

Die Studie verkündigt ein Soziogramm der Bezirke und Kieze nach Alter, Herkunft, Mobilität, beleuchtet Migration und Toleranz. Die Hauptstadt Berlin ist mit ihrem Arbeitsmarkt noch immer ein Sorgenkind, zählt zur Spitze der Arbeitslosenquote aller Bundesländer, denn seit 1990 sind in der Stadt mehr als 250 000 industrielle Arbeitsplätze verloren gegangen. Die prekären Milieus sind mit zwölf Prozent gegenüber dem Bundestrend mit neun Prozent deutlich stärker ausgeprägt. Die Einkommensunterschiede in der Stadt sind gewachsen.

Die Ost-West-Unterscheidung in der Stadt existiert in der Befindlichkeit noch immer. „Waren im Jahr 2009 nur 24 Prozent der Meinung, dass man keine Unterschiede zwischen Ost- und Westberlinern erkennen kann, so sind es im Jahr 2014 immerhin 36 Prozent“, heißt es in der Studie. In der Lebenszufriedenheit liegen die Berliner im Vergleich zu den BewohnerInnen

Die Hertie-Studie ist im Verlag Hoffmann und Campe erschienen.



anderer Bundesländer eher im Mittelfeld. Immerhin bezeichnen sich etwa 75 Prozent der Berliner als außerordentlich zufrieden. Hier bei unterscheidet die Studie beachtenswert nach Faktoren wie zum Beispiel Gesundheit, Arbeit, Haushaltseinkommen und Freizeit.

Hatte die Studie noch 2009 die Reinickendorfer als die „glücklichsten Berliner“ identifiziert, so waren es 2014 die Spandauer. Die Zufriedenheit wird hier nach Lebensumständen differenziert. Unzufrieden mit ihrer Lebenssituation in Berlin sind Alleinerziehende. Als mobile Bezirke gelten die Innenstadtbezirke mit höheren Anteilen von „Neu-Berlinern“, während in Spandau und Reinickendorf noch die meisten „Ur-Berliner“ zu finden sind.

Die Autoren beklagen eine gewisse Stagnation in der Stadtentwicklung, das noch nicht hinreichende Verinnerlichen der Hauptstadtfunktion. Nun, Baustellen und eine Fanmeile vor dem Brandenburger Tor tun's nicht. Die Hertie-Berlin-Studie liefert eine Fülle von Daten und Wahrnehmungen gleichermaßen. Sie mögen hier und da von anderen statistischen Werten graduell abweichen. Dennoch liefert die Studie einen beachtenswerten Befund über Berlin und seine Bewohner, teils auf ganz Berlin bezogen, teils auch Bezirke und Kieze.

Es ist eine recht ganzheitliche Analyse. „Gelesen und abgeheftet“, das wäre die falsche Rezeption des Buches. Es bietet unendlich viel Nachdenkstoff. Die Schlussfolgerungen muss jeder dann für sich ziehen. Wer in Berlin Politik mitgestalten will, findet hier eine belastbare Grundlage.

Gunter Lange □

➔ Die Hauptstädter - Berlin 25 Jahre nach dem Mauerfall. Die Hertie-Berlin-Studie 2014, Hrsg. Helmut K. Anheier, Klaus Hurrelmann, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg, 2014, 288 Seiten, 20 Euro.

Die Erbschaftssteuer neu regeln

Pikettys Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ über die Vermögens- und Einkommensungleichheiten sowie die Möglichkeiten einer Vermögensbesteuerung standen im Mittelpunkt einer Diskussion, zu der die SPD-Bundestagsabgeordnete Cansel Kiziltepe in ihr Wahlkreisbüro geladen hatte.

Fabian Lindner vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung Düsseldorf gab eine prägnante Zusammenfassung von Pikettys Werk. Dessen Stärken sieht er in der unglaublich umfangreichen Datenarbeit. Zum ersten Mal wurde über einen langen Zeitraum und viele Länder hinweg eine sehr präzise Erfassung der Vermögens- und Einkommensverteilung vorgenommen. Die Daten zeigen auch, dass sich Einkommen und Vermögen seit den 80er Jahren wieder polarisieren - sich zwar noch nicht auf dem Niveau des dunklen 19. Jahrhunderts befinden, aber zumindest wieder dorthin tendieren. Piketty zieht daraus pessimistische Schlüsse. Gerade



Diskussion mit Cansel Kiziltepe über die Vermögensbesteuerung. Foto: Büro Kiziltepe

das zu erwartende deutlich niedrigere Wachstum könnte dazu führen, dass sich die Kapitaleinkommen ein immer größeres Stück des volkswirtschaftlichen Kuchens sichern könnten und wieder die Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts heraufziehen könnte.

Worauf man bei einer stärkeren Besteuerung der Reichen achten sollte, stellte dann Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin dar. Wie der internationale Vergleich zeigt, besteht bei den Steuern auf Vermögen in Deutschland noch gehörig Luft nach oben. Die Wiedereinführung der Vermögensteuer ist aufgrund ihrer konjunkturunabhängigen Besteuerung in seinen Augen nicht optimal. Deutlich besser wäre hier eine konsequente Erbschaftsteuer, die von den noch aktuellen Verschonungsregeln für große Unternehmensvermögen absieht, große Vermögen stärker besteuert und „Omas kleines Haus“ verschont. **BS** □

Vor 70 Jahren:

Leben in Trümmern

Kriegsende und Befreiung: Momentaufnahmen des Jahres 1945 in Berlin

Es gibt nicht die „eine“ Erinnerung an das Kriegsende 1945, an das Ende der Nazi-Diktatur und die Befreiung. Das macht das Buch „Leben in Trümmern“ deutlich, das auf Basis einiger vorhandener schriftlicher Erinnerungen, vor allem aber vieler von der Autorin geführter Interviews das Leben im Jahr 1945 in Berlin beschreibt. Und es zeigt sich: Es geht nicht nur um das Leben inmitten von Trümmern, auch das Leben vieler Berlinerinnen und Berliner selbst liegt in Trümmern.

Traudl Kupfer reiht in ihrem Buch kurze Momentaufnahmen aneinander, entstanden an unterschiedlichen Orten, nach Monaten geordnet, nicht immer hundertprozentig chronologisch. Mal ist es der Blick einer jungen Frau, mal der eines Zwangsarbeiters oder eines Untergetauchten, mal die Sicht eines Widerstandskämpfers, mal die eines nazitreuen Staatsbediensteten oder Soldaten. Berichtet wird auch aus den biographischen Erinnerungen des Schauspielers Günter Lamprecht, aus Margret Boveris Augenzeugenbericht „Tage des Überlebens“ oder den Tagebüchern von Hans-Georg von Studnitz, der zuletzt in der Presseabteilung des NS-Außenministeriums gearbeitet hatte.

Lange hat es gedauert, bis sich Zeitzeugen mit ihren Erlebnissen zu Wort meldeten oder auch nur bereit waren, darüber zu sprechen - zu groß waren Scham, Verdrän-



Traudl Kupfer:
Leben in Trümmern: Alltag in Berlin 1945, gebundene Ausgabe, März 2015, 256 Seiten; Elsengold Verlag, ISBN-13: 978-3944594279

gung oder politische Rücksichtnahme. Siebzig Jahre danach scheint das Mosaik der Erinnerungen immer noch löchrig.

Vertreibung und Vernichtung hatten in den Jahren vor 1945 andere Völker getroffen, SS und - wie man inzwischen weiß - auch die Wehrmacht waren an der Ermordung von unzähligen Zivilisten beteiligt. 1945 zog der Krieg nun in Berlin ein, einer Stadt voller Ruinen, Ergebnis der ständigen Bombenangriffe, zum Schluss zweimal am Tag. Nicht jeder darf in die Luftschutzkeller, nicht immer halten die Schutzräume den Angriffen stand. Dann hören die Luftangriffe auf, die russischen Truppen, die schon am Stadtrand stehen, sollen nicht mehr gefährdet werden.

Es herrschen Willkür und Gewalt. Noch in den Stunden des Einmarschs der russischen Armee werden von den Nazis mutmaßliche Deserteure erhängt. Es ist Kampf

um das Überleben, um Wasser, Brot, ein wenig Suppe. Für die wenigen Lebensmittelmarken ist kaum noch etwas zu bekommen. Dann sind die russischen Soldaten in der Stadt, es kommt zu Vergewaltigungen, Plünderungen, Ausquartierungen. Auch die, die unter der Nazi-Verfolgung litten, sind vor neuer Willkür nicht verschont. Aber es gibt auch andere Begegnungen, etwa die mit musikliebenden russischen Offizieren, mit den Soldaten, die Mitleid zeigen. Tagelang gibt es kein Wasser, keinen Strom, Zigtausende Flüchtlinge kommen in die Stadt. Wer das Chaos überlebt, ist dankbar. Wohnungen, die nicht durch Bomben zerstört wurden, werden von Angehörigen der alliierten Streitkräfte beschlagnahmt. Auf dem Schwarzmarkt geht selbst eine Dose Hundefutter für 60 Mark weg.

Die persönlichen Erlebnisse und Schilderungen - zusätzlich mit einer kurzen Zusammenfassung der Ereignisse des jeweiligen Monats versehen, bieten einen bewegenden Zugang zu den Ereignissen. Dennoch bleiben Fragen offen. Viele der Erinnerungen sind zum Teil Jahre nach den Ereignissen aufgeschrieben worden. Wie haben die späteren Erfahrungen der Nachkriegszeit die Erinnerungen beeinflusst? Was hat sich eingepreßt, was ist verdrängt? Und angesichts der Auswahl derer, die im Buch zu Wort kommen, bleibt auch die Frage: Wo sind 1945 eigentlich die ganzen Nazis geblieben?

Ulrich Horb □

Vor 70 Jahren:

Neubeginn nicht nur für Deutschland

„Niederlage und Neubeginn“: Historiker und Journalisten über die Jahre nach 1945

Hitler hatte die gesamte Welt in den Krieg gerissen. Als er 1945 endete, zog sich eine Spur des Leids und der Zerstörung durch Europa und Asien. In einem großformatigen und reich illustrierten Band, herausgegeben von Ernst Piper, beschreiben Historiker und Journalisten die Ausgangslage und den sehr unterschiedlichen Neubeginn in den verschiedenen Teilen der Welt nach 1945.

Wie zuvor schon in seinem Band „Das Zeitalter der Weltkriege 1914 bis 1945“ hat Ernst Piper eine Reihe von Autoren eingeladen, die in ihren Beiträgen einzelne Regionen und Entwicklungen in den Blick nehmen und den Neubeginn nicht nur auf Deutschland beschränken. Mitunter gibt es kleinere thematische Überschneidungen, aber dafür ist jeder Text in sich ge-



Ernst Piper,
1945: Niederlage und Neubeginn, gebundene Ausgabe, 23,5 x 3 x 30,2 cm, 304 Seiten, Lingen Verlag 2015, ISBN-13: 978-3945136201, EUR 24,95

schlossen und lesbar. Zu den Autoren gehören u.a. Dr. Gerd Hankel, der an der Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht beteiligt war, der ehemalige Grünen-Politiker und Sozialwissenschaftler Ralf Fücks, Antisemitismus-Experte Prof. Dr. Wolfgang Benz, Prof. Michael Schwarz aus dem Beraterkreis der „Stiftung Flucht,

Vertreibung, Versöhnung“ oder der Welt-Redakteur Sven Felix Kellerhoff. Sie alle setzen eigene Akzente und sorgen für unterschiedliche Sichtweisen.

Der Krieg hat in allen Regionen tiefe Spuren hinterlassen, menschlich, politisch, wirtschaftlich. Die siegreiche Anti-Hitler-Koalition ist jedoch schnell am Ende der Gemeinsamkeiten angekommen. Der Abwurf der Atombomben über Japan, der die Kapitulation erzwingt, ist auch ein deutlicher Hinweis an Stalin und die Sowjetunion, deren siegreiche Rote Armee weite Teile Europas besetzt hat, die westlichen Alliierten als Kraft nicht zu unterschätzen.

Der Neubeginn ist zumindest teilweise in den Vereinbarungen der Anti-Hitler-Koalition vorgezeichnet. Faktisch haben nicht alle geplanten Grenzziehungen Bestand.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 10

Mit der Zerteilung Europas entstehen neue strategische Interessen. So setzt die Sowjetunion die ihr zugebilligten Reparationsleistungen in Ostdeutschland weiter durch, während die westlichen Alliierten den demokratischen Aufbau Westdeutschlands auch wirtschaftlich untermauern wollen. Ralf Fücks weist in seinem Beitrag auf den großzügigen Schuldenerlass für Deutschland hin, der in den fünfziger Jahren einen wirtschaftlichen Neubeginn ermöglicht. Deutschlands Verpflichtungen aus dem Schuldendienst wurden durch das Londoner Abkommen 1953 auf drei Prozent der Exporterlöse reduziert - europäische Krisenländer wie Griechenland haben da heute mehr zu leisten, mahnt Fücks.

Letztlich flossen in diese Regelungen aber auch Erfahrungen aus der Zeit nach dem 1. Weltkrieg ein, als die Bedienung der Schulden die entstehende Demokratie der Weimarer Republik schwer belastete. Ernst Piper greift die damalige Agitation vor allem der Nazis gegen den „Schandfrieden“ in seinem Beitrag zur „Schuldfrage“ auf. Aber 1945 stellt sich die Schuldfrage nicht noch einmal - zu eindeutig ist sie mit dem Versuch der Ausrottung ganzer ethnischer Gruppen in Auschwitz und anderen Vernichtungslagern beantwortet. Gerd Hankel widmet sich der Aufarbeitung in seinem Beitrag zu den Militärgerichtshöfen in Nürnberg und Tokio.

Die Neuordnung nach 1945 bedeutet für Millionen Menschen zugleich die Vertrei-

bung aus ihrer Heimat. Denn diesmal sollen in Europa so wenig nationale Minderheiten wie möglich verbleiben, die in späteren Jahren neue Konflikte oder gar Kriege auslösen könnten.

Der Neubeginn findet auch mit der Gründung des Staates Israel seinen Ausdruck - Ernst Piper beschreibt die Entwicklung und Hintergründe in einem Artikel.

Manfred Jehle zeichnet den Weg der Länder Süd- und Südasiens in die Unabhängigkeit nach.

Der Band erweitert den Blick, er macht die weltweiten Aus- und Nachwirkungen des 2. Weltkrieges deutlich. Und er zeigt, dass Deutschlands heutige Rolle in der Völkergemeinschaft keineswegs eine Selbstverständlichkeit ist. **U.H. □**

1945 - und dann? Eine Ausstellung erinnert

Mit der Kapitulation Hitler-Deutschlands im Mai 1945 endete ein mörderischer Krieg in Europa, der annähernd 50 Millionen Menschen - zumeist Zivilisten - das Leben gekostet hat, und unzählige Millionen Menschen mit Verletzungen zurückließ. Daran erinnert in diesem Jahr auch das Deutsche Historische Museum in Berlin mit einer Ausstellung.

Sie erweitert in dankenswerter Weise den Fokus auf Europa, auf zwölf Länder. Siegesfeiern sind eine Seite der Medaille, die Abrechnung mit Kollaborateuren in den von Deutschen besetzten Ländern sowie Kriegsverbrechern eine andere. Das zeigen herausgestellte Biografien mit unterschiedlichen Bezügen. Die Ausstellung skizziert die Phase zwischen Befreiung und politischer Konsolidierung Anfang der 1950er Jahre. Was spielte sich in den

Nachkriegsjahren in Belgien, Dänemark und Polen ab? Welche politischen Entwicklungen folgten 1945 in Frankreich, Großbritannien und in der Sowjetunion? Der Kalte Krieg beginnt, die Kolonialmächte verlieren ihre überseeischen Kolonien und Einflusssphären. Ein Großteil der aus Lagern befreiten Menschen bewegen sich als „Displaced Persons (DP)“ orientierungslos durch Europa. Vielfältig zeigt die Ausstellung, dass die Nachkriegsjahre nicht nur in Deutschland schwere und harte Jahre waren mit Zerstörungen, Not und Vertreibung. Die Ausstellung im Zeughaus hat ein Manko: Aus der Fülle der Exponate ist nicht so recht ein roter Faden erkennbar; allerdings behebt dies der gut aufbereitete Begleitband zur Ausstellung. **Gunter Lange □**

Ausstellung im Deutschen Historischen Museum, Unter den Linden 2, bis zum 25. Oktober zu sehen, geöffnet täglich 10 - 18 Uhr, Tagesticket für das Museum 8 Euro, ermäßigt 4 Euro; Begleitband mit 248 S. und 150 Abb., 19,95 Euro.

Euthanasie:

T 4 - Kürzel eines Massenmordes

Ein Buch dokumentiert die Orte, Opfer und Täter der Nazi-Verbrechen

Eine Schautafel gegenüber dem Foyer der Berliner Philharmonie erinnert an ein wenig bekanntes Kapitel des NS-Regimes: an den Massenmord an Behinderten. „T 4“ ist ein Synonym für Tiergartenstraße 4. Hier residierte einst in einer herrschaftlichen Villa die Zentrale Dienststelle des sogenannten Euthanasieprogramms, die planmäßig den Massenmord organisierte. Eine temporäre Ausstellung erinnerte hier 2013 daran. Dieses Buch dokumentiert Orte, Opfer und Täter; es ruft ein Nazi-verbrechen in die Erinnerung zurück.

Das bereits im Juli 1933 erlassene „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ führte zur Zwangssterilisation von rund 400 000 Menschen mit Behinderungen; ab 1939 mit einem sogenannten Führerbefehl zum Massenmord ab 1940. In grauen Bussen wurden die Patienten zu fünf Anstalten im Reich gebracht und in Gaskammern ermordet. Nach einigen Protesten, u.a. aus



Stefanie Endlich, Sigrid Falkenstein, Helga Lieser, Ralf Sroka, Tiergartenstraße 4, Metropol Verlag, Berlin, 2014, 144 Seiten, 19 Euro

kirchlichen Kreisen, wurde die Tötung in dieser Form eingestellt. Sie erfolgte dann vornehmlich mit Injektionen oder durch Verhungenlassen. Im Reich und in den besetzten Gebieten sind bis 1945 etwa 300.000 Menschen diesem Mordprogramm zum Opfer gefallen.

Das Buch dokumentiert eines dieser Schicksale, macht es augenfällig. Anna Lehnkering, Tochter eines Gastwirts-paares

in Sterkrade bei Oberhausen, lässt im fünften Lebensjahr mit der geistigen Entwicklung nach, ist verängstigt, kann dem Schulunterricht kaum folgen. Mit 16 Jahren soll sie in die Psychiatrie eingewiesen werden, bleibt zunächst aber bei den Eltern. Das „Erbgesundheitsgericht“ in Duisburg beschließt 1934 die Zwangssterilisation, und mit 21 Jahren wird die junge Frau in die „Mammutpsychiatrie“ Bedburg-Hau am Niederrhein eingewiesen. Anna Lehnkering wird schließlich im März 1940 in die Anstalt Grafeneck deportiert und in einer Gaskammer ermordet.

Mit Fotos und Dokumenten bekommen in diesem Buch die Opfer des NS-Rassenwahns ein Gesicht. Sigrid Falkenstein ist die Nichte von Anna Lehnkering. Die Autorinnen und Autoren beschreiben hier die Geschichte eines schwierigen Ortes, der Dank deren Initiative, dem „Runden Tisch T4“, in das Bewusstsein rückt.

Gunter Lange □

Blockade:

„Uns kann man nicht eintauschen“

Vor 66 Jahren endete die Blockade - „Stilles Heldentum“ der Frauen

Im Jahre 1994 berichtet ein früherer Mitarbeiter der sowjetischen Militäradministration in Berlin über die Erwartungen, die sie alle am Morgen des 24. Juni 1948 - dem als Beginn der eigentlichen Blockade wahrgenommenen Datum - hegten: „Sokolowskis Mitarbeiter - (General Sokolowski war der Chef der SMAD) - jubelten, als die Blockade begann und die Straßen nach West-Berlin gesperrt wurden. Sie waren überzeugt, dass die Westmächte jetzt gezwungen wären, ihnen die ganze Stadt zu überlassen. Dass die Blockade fehlschlagen könne, kam ihnen nicht in den Sinn. Die meisten nahmen als selbstverständlich an, dass den Westmächten angesichts ausbleibender Lebensmittel- und Kohlelieferungen aus Ostdeutschland keine andere Wahl blieb, als sich zurückzuziehen.“

Und darum ging es der Sowjetunion in der Tat: Westberlin sollte der sowjetischen Besatzungszone einverleibt und so ein Pfahl im Fleische des sowjetischen Einflussbereichs beseitigt werden.

Das Ziel war schnell durchschaut. Widerspruch und Empörung gegen den Versuch des „Aushungern“ einer Millionenbevölkerung regten sich bei den Westalliierten und natürlich vor allem bei den Berlinerinnen und Berlinern. Aber wie die von der Sowjetunion provozierte, wenn auch - wie sich zeigen sollte - nur scheinbar wohlüberlegte Kraftprobe ausgehen würde, war zu Beginn der Blockade für viele Berlinerinnen und Berlinern keinesfalls sicher. Das Vertrauen in die Westalliierten, ihre Rechte in der Viermächtestadt auch durchzusetzen, war nicht allzu groß. Darüber hinaus mangelte es zunächst an Phantasie, wie der Herausforderung zu begegnen sei. So war etwa General Clay, später zu Recht als der politische Organisator der Luftbrücke hochgelobt, zunächst ein Befürworter einer militärischen Lösung mit ungewissem, zumindest aber blutigem Ausgang.

Nicht zuletzt Ernst Reuter kann für dieses mangelnde Vertrauen in entschiedenes, aber auch wohl überlegtes Handeln der Westalliierten als Zeuge benannt werden. So war es für Reuter nach einem Jahr anstrengender Tätigkeit als Stadtrat keineswegs sicher, ob er nicht doch noch zu einer zweiten Emigration gezwungen sein würde. Er schreibt kurz vor Weihnachten 1947 an eine Freundin in England über seine Verunsicherung: „...Berlin ist ein viel zu wichtiger Posten, als daß nicht um ihn ein neuer heißer Kampf entbrennen wird, und,



Das Luftbrückendenkmal in Tempelhof erinnert an die Opfer während der Blockade. Foto: Horb

ob wir wollen oder nicht, wir werden miten in ihm drinstehen.“ Reuter möchte zwar wegen der vielen Vertrauensbekundungen vonseiten der Berliner nicht aus Berlin weggehen: „Aber wir werden hier bleiben, so lange es geht, und nur dann gehen, wenn gar nichts anderes übrig bleibt.“

Aber diese Sorge treibt ihn und viele andere, die zu dieser Zeit in Berlin Verantwortung tragen, weiter um. Nicht zuletzt seine große Rede am 9. September 1948 vor 300.000 Berlinerinnen und Berlinern ist von dieser Sorge geprägt, der er mit einer Art „Vorwärtsstrategie“ zu begegnen sucht. Er sagte - und der Zweifel war zu spüren: „Uns kann man nicht eintauschen, uns kann man nicht verhandeln. Es ist unmöglich, auf dem Rücken eines solch tapferen, standhaften Volkes einen faulen Kompromiß zu schließen...“

Reuter hatte guten Grund, schon Anfang September 1948 von den „tapferen und standhaften“ Berlinern zu sprechen, aber noch war nicht klar, wie die Berlinerinnen und Berliner auf Dauer den Druck aushalten würden. Schließlich gab es seit Juli 1948 das verlockende Angebot der Sowjetunion, auch die Westberliner mit Lebensmitteln und Kohle zu versorgen, sie müssten sich nur in Ostberlin anmelden und mit der inzwischen in der SBZ eingeführten Währung bezahlen. Noch im Juli befragten die Amerikaner die Berliner, ob sie denn voraussehbare weitere Einschränkungen überhaupt auszuhalten gewillt seien: Über 60 % meinten, aushalten zu können. Aber das heißt auch, dass fast ein Drittel der Berliner, die diese Frage mit Nein beantworteten, diese Zuversicht und diese Standhaftigkeit nicht hatten. Umso höher ist der allmählich wachsende Widerstandskonsens

der Berlinerinnen und Berliner in seiner politischen Wirkung auf die Haltung der Sowjetunion einzuschätzen.

Ende August hatten nur knapp 22.000 Westberliner von einer Anmeldung in Ostberlin Gebrauch gemacht, die Zahl wuchs zwar und Ende des Jahres waren es fast 100 000, aber angesichts von über 100 000 Westberlinern, die in Ostberlin arbeiteten, ihren Lohn also zunächst einmal in Ostmark erhielten und angesichts der damals noch nicht wenigen in Westberlin lebenden und arbeitenden SED-Mitgliedern ist diese Zahl - rund 5% der Westberliner Bevölkerung - gering zu nennen.

Die Leistung der Luftbrücke und der politische Wille, sie zu beginnen und aufrechtzuerhalten, wird in keiner Weise geschmälert, wenn diese einmütige Haltung der Westberlinerinnen und Westberliner im gleichen Atemzuge genannt wird, wenn über die Gründe für diese erste Niederlage der Sowjetunion im Kalten Krieg nachgedacht wird.

Ich sage immer Westberlinerinnen nicht nur aus Gründen der politischen Korrektheit, sondern vor allem, weil es besonders die Berliner Frauen waren, die diese Haltung bewiesen haben. Als am 12. Mai 1949, am ersten Tag nach dem Ende der Blockade, erneut 300.000 Berliner - diesmal vor dem Schöneberger Rathaus - zusammen kamen, haben die sieben als Redner vorgeesehenen Männer dieses „stille Heldentum“ der Frauen - wie es Konrad Adenauer in seiner Rede nannte - immer wieder beschworen, aber reden durfte zunächst keine Frau. Ernst Reuter wollte die Versammlung schon schließen, als aus der Menge der Ruf nach Louise immer lauter wurde. Gemeint war Louise Schroeder, die die ganze Zeit auch auf dem Podium gestanden hatte. Louise Schroeder - die Mutter Berlins, wie sie damals genannt wurde, war trotz schwerer Krankheit und zeitweiliger Abwesenheit von Berlin seit dem Frühjahr 1947 und bis zum Dezember 1948 die amtierende Oberbürgermeisterin von Berlin, wohlgerneamt von ganz Berlin. Reuter eröffnete die Versammlung wieder und gab ihr das Wort.

In ihrer Rede setzte sie einen Akzent in der Einschätzung der Haltung der Berliner Bevölkerung, der bislang und auch später kaum wahrgenommen wurde, aber vielleicht die wichtigste Lehre aus diesen 322 Tagen der Selbstbehauptung ist: Sie sagte: „...am glücklichsten bin ich, daß wir diesen Sieg errungen haben, wir Männer und Frauen von Berlin, ohne daß ein Blutstrop-

Fortsetzung Seite 13

Fortsetzung von Seite 12

fen von unserer Seite gefallen. Allen denen, die da glauben, man könne nur durch Kriege, nur durch entsetzliche Grausamkeit einen Sieg erringen, haben wir bewiesen, dass vielleicht besser gesiegt werden kann mit der Waffe des Geistes, mit der Waffe der Tapferkeit, mit der Waffe des Zusammenhalts und ... mit der Treue.“ Und sie schloss selbstbewusst: „Wir Frauen wollen in Zukunft nicht nur in physischer Arbeit, sondern in geistiger Arbeit mit unseren Männern zusammen diese Stadt wieder aufbauen.“

Zwei Anmerkungen, die dazu gehören, wenn von der Blockade Berlins und ihrem Ende vor 66 Jahren die Rede ist: In Berlin gab es anders als in der SBZ und in der DDR bis 1961 eine einheitliche Sozialdemokratische Partei. In Ostberlin waren die Sozialdemokraten Verfolgungen und Schikanen ausgesetzt, die Westberliner Genossen halfen ihnen so gut es ging. Aber die Solidarität der sozialdemokratischen Genossen untereinander war - zumindest bis 1948/49 - keine Einbahnstraße nur von West nach Ost. Während des Blockadewinters hatten die Ostberliner Sozialdemokraten immer wieder Kohlen für die Westberliner Kreisbüros durch die Polizeikontrollen hindurch geschmuggelt. Viele Ostberliner brachten ihren Verwandten in Westberlin bei den regelmäßigen Besuchen stets auch Kohle, Lebensmittel und die - angesichts der Stromsperrungen - heißbegehrten Kerzen mit. Insofern war die Zeit der Blockade nicht nur eine Zeit des engen Zusammenhalts der Westberliner, sondern aller Berliner in allen vier Sektoren.

Die Toten der Luftbrücke dürfen nicht vergessen werden: 31 Amerikaner, 41 Briten und 6 Deutsche starben, an sie erinnern das Luftbrücken-Denkmal ebenso wie die Stiftung Luftbrückendank. Aber der Kalte Krieg verursachte auch andere Kosten. In Berlin waren nach 322 Tagen der Blockade die Fronten im Ost-West-Konflikt besonders klar. Schwarz-Weiß war gefragt und Zwischentöne hatten wenig Chancen gehört zu werden. Wer dennoch gegen den Strom zu schwimmen wagte, geriet schnell ins Abseits. Nicht zuletzt Gustav Heineemann musste das Anfang der fünfziger Jahre erfahren, als er in Veranstaltungen seiner „Notgemeinschaft für den Frieden“ in Berlin sein Konzept einer „bedingten Neutralität“ erläuterte. Ihm wurde unter wüsten Beschimpfungen empfohlen, in den Osten zu gehen. Eine Blockade in den Köpfen war in den fünfziger Jahren unübersehbar. Aber darauf hinweisen, heißt auch zur Kenntnis nehmen, dass es wiederum Berlin war, von wo erstmals und mit Erfolg diesem blockierten Denken mit der Politik der kleinen Schritte - erprobt mit dem Passierscheinabkommen 1963 - ein Ende bereitet wurde. **Siegfried Heimann** □

1945:

Die Lehre heißt: Nie wieder

Erinnerung an das Massaker an italienischen Gefangenen

Der 25. April 2015 war der 70. Jahrestag der Befreiung Italiens vom Nazifaschismus. Jedes Jahr begeht die italienische Gemeinschaft diesen Tag auch in Berlin mit verschiedenen Veranstaltungen und Feiern. Zum Beispiel organisierte die Fraktion des Partito Democratico Berlin (PD) im italienischen „Il Kino“ in Kreuzberg eine Filmvorführung über den italienischen Widerstand. Am 26. April lud die italienische Botschaft zusammen mit dem Bürgermeister der Stadt Treuenbrietzen zu einer Gedenkfeier über die Massaker von Nichel bei Treuenbrietzen.

Die Geschichte dieser Massaker ist in Berlin kaum bekannt. Aber es ist ein wichtiger Gedenktag für die italienische Gemeinschaft geworden. Vor wenigen Jahren haben die Forschungen von Gianfranco Ceccanei und Bodo Förster zu der Geschichte von 127 italienischen Militärinternierten geführt, die von Nazis erschossen wurden.

Drei dieser Militärinternierten haben das Nazimassaker überlebt. Der letzte Überlebende ist der einundneunzigjährige Antonio Ceseri aus Florenz. Am 21. April 2015 wurde ihm die Ehrenbürgerschaft der Stadt Treuenbrietzen verliehen. Ceseri sprach vor ungefähr 200 Menschen aus Italien, Berlin und Treuenbrietzen, deutschen und italienischen Schülerinnen und Schülern, Diplomaten und Bürgern über seine Geschichte. Mit Ironie, aber auch mit viel Ergriffenheit.

Nachdem er am 8. September 1943 von den Nazis verhaftet wurde, war er für anderthalb Jahre in einem Arbeitslager zusammen mit 150 anderen italienischen Militärs sowie Zivilisten aus verschiedenen Ländern, bis am 23. April 1945 die sowjetische Armee kam.

Aber bevor die Russen das Lager befreien konnten, brachten die Nazis die italienischen Militärinternierten fort: „Drei- bis vierhundert Nazis waren vor uns, sie waren alle sehr gut bewaffnet. Sie wollten uns weg vom Lager bringen. Wir sind zwei Tage zu Fuß marschiert, bis zu einer Grube. Oben waren ungefähr 40 Militärs. Dann fingen sie an, uns mit Maschinengewehren zu erschießen“, erinnert sich Antonio Ceseri.

Viele von den anderen Jungen fielen auf ihn hinunter und begruben ihn. Die Nazis vergruben die Körper und auch Ceseri war unter ihnen, aber: „Die Erde war leicht. Es hatte geregnet. Deswegen konnte ich graben und Luft kriegen.“

Er war bis zum Morgen danach dort un-



Federico Quadrelli von der Partito Democratico Berlin mit dem einundneunzigjährigen Antonio Ceseri, Überlebender des Massakers im Dorf Nichel bei Treuenbrietzen. Foto: PD Berlin

ten. Als alles ruhig war, konnte er aufstehen. Drei andere waren noch am Leben und sie konnten zusammen fliehen.

Die Gedenkfeier machte deutlich: Es ist wichtig, an diese Geschichte zu erinnern. Es ist unsere Pflicht, unsere Vergangenheit nicht zu vergessen und sie an die nächste Generation weiterzugeben. Und es ist wichtig, dass die Italiener und die Deutschen dessen heute gemeinsam gedenken können und unsere gemeinsame und traurige Geschichte akzeptieren.

Unser Motto muss „Nie wieder!“ sein. Und das darf nicht nur als bloße Rhetorik daher kommen, sondern es muss ein politisches Ziel sein. Als Sozialisten und Demokraten haben wir die Aufgabe, an die Anstrengungen von allen Kämpfern und Kämpferinnen für Freiheit und Demokratie zu erinnern und die Werke dieses Kampfes für immer am Leben zu halten.

Wenn wir an die aktuelle Situation denken: Können wir dann sagen, dass wir Menschen aus der Geschichte gelernt haben? Vielerorts gibt es Kriege, Massaker und Gewalt. Tausende Menschen sterben noch aufgrund ihrer Religion oder ihrer politischen Meinung. Wenn sie nicht ermordet werden, werden sie womöglich verhaftet oder gefoltert. Alles passiert unter unserem machtlosen Blick. Wir brauchen einen neuen Widerstand gegen die Indifferenz, die Intoleranz und den Hass.

Das bedeutet Widerstand heute. Das bedeutet, den Tag der Befreiung zu feiern: Unsere Vergangenheit und unsere kollektiven Erfahrungen nicht zu vergessen, um weiter gemeinsam die Welt zu verbessern.

Federico Quadrelli □

Intensives Gedenken

Diskussion zur Erinnerungskultur in Charlottenburg-Wilmersdorf

Der Bezirksbürgermeister von Charlottenburg-Wilmersdorf, Reinhard Naumann, referiert am Dienstag, 19. Mai 2015, 19.00 Uhr, über Gedenk- und Erinnerungskultur in Charlottenburg-Wilmersdorf. Er ist Gast im Wahlkreisbüro von Franziska Becker.

Reinhard Naumann stellt die Erinnerungsarbeit des Bezirks in seinen vielen Ausprägungen vor. Ein Schwerpunkt liegt auf dem Gedenken der zwölfjährigen Herrschaft der Nationalsozialisten, die vor 70 Jahren endete. Heute erinnern in Charlottenburg-Wilmersdorf viele Straßennamen und Namen öffentlicher Einrichtungen, ei-

ne Reihe von Gedenkstätten und Mahnmalen, rund 300 Gedenktafeln, das Gleis 17 in Grunewald sowie die mehr als 2.600 Stolpersteine an die Gräueltaten der Nazis, an die Täter, an den Widerstand und vor allem an die Opfer des Nationalsozialismus. Dieses intensive Gedenken ist kein Zufall, denn Charlottenburg und Wilmersdorf waren vor 1933 die Bezirke mit dem höchsten Anteil jüdischer Berliner. 1933 lebten in Charlottenburg und Wilmersdorf jeweils rd. 27.000 Jüdinnen und Juden, das waren in Charlottenburg knapp 8 Prozent und in Wilmersdorf rund 14 Prozent der damaligen Berliner Bevölkerung. Eine aktive

Gedenk- und Erinnerungskultur pflegen heute viele Berlinerinnen und Berliner im Bezirk. Das Bezirksamt beteiligt sich an der Aufarbeitung unserer jüngeren Geschichte, die für unsere Gegenwart und Zukunft Verpflichtung und Notwendigkeit ist und bleibt.

Mit dabei ist die Journalistin und Autorin Inge Deutschkron. Inge Deutschkron ist Wilmersdorferin und lebte ab Januar 1943 illegal in Berlin. Sie versteckte sich bis zum Kriegsende mit ihrer Mutter bei nichtjüdischen Freundinnen und Freunden, um dem Holocaust zu entgehen. **PM □**

➡ 19. Mai, 19 Uhr, Wahlkreisbüro Fechnerstraße 6a (Ecke Gasteiner Straße), 10715 Berlin. Anmeldung erbeten unter 01575-438 70 74 (Sprachbox) oder franziska.becker@spd.parlament-berlin.de.

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

TERMINE

- 09.05.2015, 11:00 - 12:00, Dr. Clara West, Mda, **Beratung zum Mietrecht**, Bürgerbüro, Naugarder Straße 43, 10409 Berlin
- 09.05.2015, 10:00, **Frédéric Verrycken, Mda Charlottenburg-Nord, Stand und mobile Bürgersprechstunde** zum Europatag, vor Reichelt Edeka, Heckerdamm 225, 13627 Berlin
- 09.05.2015, 16:00, Frank Jahnke, Mda - Charlottenburg, **Vernissage - Aus den Trümmern heraus - Leben im Berlin der Nachkriegszeit** - Fotos von Fritz & Klaus Eschen, Goethe15, Goethestraße 15, 10625 Berlin, bis zum 12. Juni von montags bis donnerstags von 12.00 bis 17.00 Uhr, freitags von 10.00 bis 16.00 Uhr zu sehen.
- 09.05.2015, 11:00 - 18:00, Matthias Schmidt, MdB - Treptow-Köpenick, **Infostand beim Fest auf der Bölsche**
- 09.05.2015, 16:00, Dr. Michael Arndt, Mda, **Politischer Frühlingsempfang mit Präsentation einer Fotoausstellung von Clara Dreher** (Abiturjahrgang 2014 des Beethovengymnasiums in Lankwitz) „Fotoarbeiten aus dem Kiez“, Bürgerbüro von Michael Arndt, Mda, Hindenburgdamm 96, 12203 Berlin
- 09.05.2015, 11:00 - 12:00, **Swen Schulz, MdB - Spandau, auf „Kümmertour“**, Infostand, Markt, 13597 Berlin
- 11.05.2015, 15:00 - 16:30, **Ulker Radziwill, Mda Charlottenburg, Sprechstunde**, Kiezbüro von Ulker Radziwill, Friedbergstraße 36, 14057 Berlin
- 11.05.2015, 16:00 - 17:00, **Frédéric Verrycken, Mda Charlottenburg-Nord, Sprechstunde** Stadtteilzentrum Halemweg, Halemweg 18, 13627 Berlin. Anmeldung: 23 25 13 46 oder frederic.verrycken@spd.parlament-berlin.de
- 12.05.2015, 17:00 - 18:00, **Ralf Wieland, Mda Wedding, Sprechstunde**, Bürgerbüro am Gesundbrunnen, Bellermannstr. 19 a, 13357 Berlin
- 12.05.2015, 12:30 - 14:00, **Bruni Wildenhein-Lauterbach, Mda - Wedding, Telefonische Sprechstunde**, Tel. 030/2325-2297,
- 12.05.2015, 17:00 - 19:00, **Dr. Fritz Felgentreu, MdB Neukölln, Bürgersprechstunde**, Wahlkreisbüro Dr. Fritz Felgentreu, Sonnenallee 124, 12045 Berlin. Anmeldung bitte unter Tel. 030/568 21 111)
- 12.05.2015, 20:00, Dr. Fritz Felgentreu, MdB Neukölln, **Stammtisch „Fritz & Friends“**, Alter Roter Löwe Rein, Richardstraße 31, 12043 Berlin
- 12.05.2015, 15:00, AG 60plus Spandau, **mit dem Bundestagsabgeordneten Swen Schulz**, SPD Kreisbüro Spandau, Bismarckstraße 61, 13585 Berlin
- 12.05.2015, 19:00, SPD Charlottenburg-Wilmersdorf - Abt. rund um den Lietzensee, **Häusliche und sexualisierte Gewalt**, mit der Geschäftsführerin der bundesweiten Frauenhauskoordination e.V., Heike Herold, Leon-

- hardt, Stuttgarter Platz 21, 10627 Berlin
- 13.05.2015, 16:00 - 18:00, **Sprechstunde von Swen Schulz, MdB, und Frédéric Verrycken, Mda**, Kiezbüro von Frédéric Verrycken, Tauroggener Straße 45, 10589 Berlin. Anmeldung unter (030) 23251346 oder per E-Mail frederic.verrycken@spd.parlament-berlin.de
- 15.05.2015, 15:00 - 16:30, **Franziska Becker, Mda - Wilmersdorf, Sprechstunde**, Bundesplatz-Kino - Café, Bundesplatz 14, 10715 Berlin
- 18.05.2015, 17:30 - 18:30, **Sven Heinemann, Mda - Friedrichshain, Bürgersprechstunde**, SPD Wahlkreisbüro, Grünberger Straße 4, 10243 Berlin
- 19.05.2015, 19:30, Swen Schulz, MdB - Spandau, **Fraktion vor Ort: Flüchtlings- und Asylpolitik in Deutschland und Berlin**, Petrus-Kirche, Grunewaldstr. 7, 13597 Berlin
- 19.05.2015, 19:30, SPD Charlottenburg-Wilmersdorf - Abt. Am Rathaus Charlottenburg, **Wieviel ist uns unsere Kultur noch wert?** Mit Frank Jahnke, Mda und Vorsitzender der Ausschusses für Kultur im Abgeordnetenhaus und Christiane Timper, kulturpolitische Sprecherin in der BVV, Goethe15, Goethestraße 15, 10625 Berlin
- 19.05.2015, 19:30, SPD Charlottenburg-Wilmersdorf - Abt. Ku'damm, **Drogenpolitik im Kiez - Null Toleranz oder kontrollierte Abgabe?** mit Ulker Radziwill, Mda, Café Bleibtreue, Bleibtreustraße 45, 10623 Berlin
- 19.05.2015, 19:00, Franziska Becker, Mda - Wilmersdorf, **Gedenkkultur in Charlottenburg-Wilmersdorf mit Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann**, Wahlkreisbüro von Franziska Becker, Fechnerstraße 6a, 10717 Berlin (siehe Seite 14)
- 20.05.2015, 19:00, Frank Jahnke, Mda - Charlottenburg, **Charlottenburger Gespräche mit Inge Deutschkron**, Goethe15, Goethestraße 15, 10625 Berlin
- 20.05.2015, 17:00 - 18:00, **Karin Halsch, Mda - Lichtenberg, Sprechstunde**, Bürgerbüro von Karin Halsch, Mda, Am Berl 13, 13051 Berlin
- 20.05.2015, 18:30, SPD Mitte - Abt. Grünes Dreieck, **Rot-Rot-Grüne Perspektiven in der Aussenpolitik?** Podiumsdiskussion mit Rainer Arnold, MdB, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Johanna Uekermann, Bundesvorsitzende der Jusos, Lindengarten, Nordufer 15, 13353 Berlin
- 21.05.2015, 15:30 - 16:30, **Ralf Wieland, Mda Wedding, Sprechstunde**, Bürgerbüro am Gesundbrunnen, Bellermannstr. 19 a, 13357 Berlin
- 21.05.2015, 18:00 - 20:00, **Liane Ollech, Mda - Marzahn-Hellersdorf, Bürgersprechstunde**, SPD Bürgerbüro Marzahn-Hellersdorf, Köpenicker Straße 25, 12683 Berlin
- 21.05.2015, 19:00, Björn Eggert, Mda - Kreuzberg, **Anke Martiny liest aus ihrer Autobiografie** „...und vor allem muss man jederzeit als voller Mensch leben“, anschl. Diskussion mit Johanna Uekermann, Juso-Bundesvorsitzende, Bürgerbüro von Björn Eggert, Mda, Urbanstraße 1, 10961 Berlin

- 22.05.2015, 16:00 - 17:00, **Bruni Wildenhein-Lauterbach, Mda - Wedding, Bürgersprechstunde**, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- 23.05.2015, 14:00, SPD Treptow-Köpenick - Abt. Allende-Wendenschloß, **1. Preisskat**, Kita Amtsfelder Knirpse, Pablo-Neruda-Straße 12 - 13, 12559 Berlin
- 26.05.2015, 16:00, AG 60 plus Charlottenburg-Wilmersdorf, **Bericht aus dem EU-Parlament: Fagen und Antworten zu TTIP, CETA und TiSA** mit Sylvia-Yvonne Kaufmann, MdEP, Rathaus Charlottenburg, Lily-Braun-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
- 26.05.2015, 19:00, Frédéric Verrycken, Mda Charlottenburg-Nord, **Entwicklung des Nahverkehrs in Charlottenburg-Nord**, AWO-Treff, Reichweindamm 6, 13627 Berlin
- Alle Termine: www.spd.berlin/termine

Tagung:

Heinrich Albertz: Politiker, Pfarrer, Bürger

Die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und die Evangelische Akademie zu Berlin veranstalten anlässlich des 100. Geburtsjahres des ehemaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Heinrich Albertz, am 18. Mai in der Französischen Friedrichstadtkirche eine Tagung.

Albertz machte nach 1945 Karriere in der Politik, als Minister, Chef der Senatskanzlei von Willy Brandt, als Regierender Bürgermeister von Berlin. Als am 2. Juni 1967 Benno Ohnesorg bei einer Anti-Schah-Demonstration erschossen wurde, übernahm Heinrich Albertz die Verantwortung und trat am 26. September 1967 zurück. Ab 1970 war er als Pfarrer in Berlin tätig. Bundesweit in die Schlagzeilen geriet er noch einmal 1975, als er sich im Rahmen der Lorenz-Entführung bereit erklärte, als Geisel der Entführer zu dienen. In den 1980er Jahren engagierte er sich in der Friedensbewegung. Er starb am 18. Mai 1993 in Bremen.

Die Veranstaltung will an Heinrich Albertz erinnern - den Politiker, den Pfarrer, den engagierten Bürger. Und sie will der Frage nachgehen, was wir heute von seinem Eigensinn, der sich aus seinem Glauben speiste, lernen können. Es nehmen u.a. teil Bürgermeisterin Dilek Kolat, der ehemalige Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen, Bremens früherer Bürgermeister Henning Scherf, Bürgermeister a.D., Bremen, Altbischof Martin Kruse, Lothar Wittkopf, ehemaliger Gemeindepfarrer in Schlachtensee, Bischof Dr. Markus Dröge und SPD-Schatzmeister Dietmar Nietan. **PM** □

➡ 18.05.2015, 17:30 bis 21:00 Uhr, Französischer Dom, Gendarmenmarkt 5, 10117 Berlin. Anmeldungen bitte unter: www.ea-berlin.de

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin, per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Grüne Botschaft in Schwarzweiß

Fotografien von Sebastião Salgado bei C/O Berlin

Tiefhängende Wolken treiben über die Landschaft, nur an einer Stelle reißt die Wolkendecke auf, und Sonnenstrahlen leuchten Teile dieser Szenerie aus, lassen die Wolkenbänke im schmalen Fluss hell reflektieren. Ein fein nuanciertes Spiel von Licht und Schatten lässt Konturen mal weich und mal scharf erscheinen. Willkommen in der Welt von Sebastião Salgado.

Unter dem Titel „Genesis“ gastiert ein beeindruckender Teil seines fotografischen Wirkens in Berlin. C/O Berlin präsentiert als erster Ausstellungsort in Deutschland Sebastião Salgados Genesis mit 245 Fotografien.

„Genesis ist eine Suche nach der Welt wie sie einmal war, wie sie sich formte und entwickelte, wie sie über Jahrtausende existierte, bevor die Beschleunigung des modernen Lebens uns zunehmend vom Wesentlichen unserer Existenz distanzierte“, so definiert er seine Motivwelt. In seinen Schwarzweiß-Fotos porträtiert er Landschaften, Wasserwelten, Menschen und Tiere, die bislang von der Zivilisation verschont geblieben sind.

Der 1944 in Brasilien geborene und seit Jahren in Paris lebende Fotograf Sebastião Salgado hat mit seinen Reisen in die entlegensten Winkel unseres Planeten mit extremstem Klima der Schöpfung nachgespürt. Sie zu bewahren, ist seine Botschaft, sein persönliches Anliegen. Gerade der Verzicht auf Farbe, die Reduktion auf Licht und Schatten, macht sie besonders eindringlich. Die Fotografien rufen Erinnerungen an einen amerikanischen Fotografen wach, der mit seinen Bildern vor Jahrzehnten die Naturschönheiten seiner Heimat porträtierte: Anselm Adams.

Salgados Fotografien zeigen tatsächlich Welten fernab jeglicher Zivilisation. Da sind die Pinguin-Kolonien in der Antarktis, auf Inseln im Südatlantik sowie die arten-



Motiv aus der Salgado-Ausstellung bei C/O Berlin: In Sambia flüchten Elefanten aus Angst vor Wilderern, sobald sie Autogeräusche oder Menschen wahrnehmen. Die Aufnahme entstand 2010 im Kafue National Park, Zambia.
Foto: Sebastiao Salgado

reiche Tierwelt auf Madagaskar und Amazonien im Herzen Südamerikas, die Lebenswelt von Urwaldeinwohnern auf Papua-Neuguinea und Brasilien und das Leben im Einklang mit der Natur im eisigen sibirischen Kamtschatka.

Um unberührtes Land und Meer zu erhalten und die natürlichen Lebensräume uralter Völker und Tiere zu schützen, müsse die Menschheit jetzt handeln. „Genesis“ zeige uns die Schönheit der Natur und sei zugleich ein Aufruf zum Kampf für den Erhalt dieser Schöpfung. Das ist Salgados Botschaft. Und er lebt sie, engagiert sich in brasilianischen Umwelt- und Ausbildungsprojekten.

Gunter Lange □

➔ „Genesis“ ist bis zum 17. August 2015 bei der C/O-Foundation im Berliner Amerika Haus, Hardenbergstraße 22-24, täglich von 11 bis 20 Uhr zu sehen; Eintritt 10 Euro, ermäßigt 5 Euro.

➔ Zur Ausstellung gibt es einen großformatigen gleichnamigen Begleitband, Taschen Verlag, Köln, 520 Seiten, 49,95 Euro.

Kulturbesuch:

Mit dem Kulturforum in die Salgado-Ausstellung

Das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie und die Berliner Stimme laden am 29. Juni zu einer Führung durch die Salgado-Ausstellung und zum anschließenden Gespräch über die Arbeit der C/O Foundation ein.

Der Besuch soll neben dem Einblick in die aktuellen Ausstellungen auch über die Arbeit der Galerie am neuen Standort, ihre Projekte und Schwerpunkte, die Finanzierung und ihre Stellung in der Berliner Museenlandschaft informieren. Als Gesprächspartner stehen dafür Stephan Erfurt, Vorsitzender der C/O Berlin Foundation, und Sibylle Kufus, Leiterin des Freundeskreises des Ausstellungshauses zur Verfügung. **BS** □

➔ Montag, 29. Juni, 18 Uhr, C/O Berlin, Hardenbergstraße. Der ermäßigte Eintritt kostet 5 Euro. Die Teilnahme ist auf 20 Personen begrenzt, eine Anmeldung unter berliner.stimme@spd.de oder 4692-150 ist erforderlich.

Büchner-Roman:

Heidi von Plato liest

Seine literarischen Werke prägten die Zeit vor der Revolution 1848. Mit nur 23 Jahren starb der Schriftsteller und radikale Demokrat Georg Büchner 1837.

Über die letzten Monate im Leben Büchners hat die Berliner Autorin Heidi von Plato einen Roman geschrieben, aus dem sie am 5. Juni auf Einladung des Kulturforums Stadt Berlin der Sozialdemokratie und der Berliner Stimme in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus lesen wird. Der Roman „Das Verschwundene Manuskript“ handelt vom Leben und Lieben Büchners und einem ganz besonderen Werk. **BS** □

➔ 5. Juni, 19:30 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Eintritt frei, Spenden erwünscht!